



## Deutsche Wirtschaft kommt nicht in Gang

DIHK-Konjunkturumfrage Fröhsommer 2024

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

**DIHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammer

**IHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammern

# Inhalt

<b>Wesentliche Ergebnisse .....</b>	<b>3</b>
<b>Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....</b>	<b>4</b>
<b>Geschäftserwartungen der Unternehmen.....</b>	<b>7</b>
<b>Geschäftsrisiken der Unternehmen.....</b>	<b>10</b>
<b>Exportserwartungen der Industrieunternehmen .....</b>	<b>14</b>
<b>Investitionsabsichten der Unternehmen.....</b>	<b>17</b>
<b>Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen .....</b>	<b>21</b>
<b>Beschäftigungsabsichten der Unternehmen.....</b>	<b>24</b>
<b>DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....</b>	<b>27</b>

# Impressum

## Deutsche Industrie- und Handelskammer

### Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

### DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

### DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

**Redaktion:** Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Carolin Herweg, Dr. Jupp Zenzen

**Grafik:** Sebastian Titze, DIHK

**Stand:** Mai 2024

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter [www.dihk.de/konjunktur](http://www.dihk.de/konjunktur)

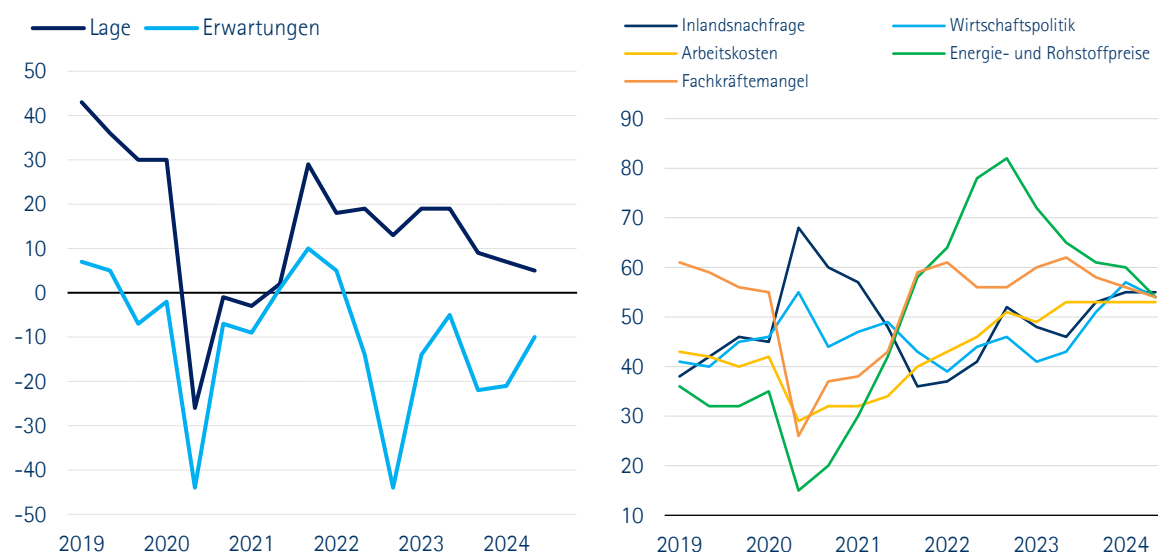
## Wesentliche Ergebnisse

**Prognose:** Die Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage lassen keine konjunkturelle Dynamik erkennen. Die DIHK rechnet in diesem Jahr mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung (BIP-Wachstum: 0,0 Prozent):

- Die **Stimmung in der Wirtschaft bleibt getrübt**. Die Geschäftslage verschlechtert sich weiter. 28 Prozent der Unternehmen melden eine gute Lage, 23 Prozent eine schlechte. Der Saldo der Lagebewertung setzt den Abwärtstrend fort und sinkt leicht von sieben auf nun fünf Punkte.
- Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen hellen sich auf, bleiben aber insgesamt pessimistisch. Insbesondere geht der Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen merklich zurück (26 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Nur 16 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten. Im Saldo klettern die weiterhin negativen Erwartungen von minus 21 auf minus zehn Punkte.
- Als häufigstes **Geschäftsrisiko** hat die Inlandsnachfrage die Energie- und Rohstoffpreise abgelöst (55 Prozent). Gleich drei Geschäftsrisiken werden von 54 Prozent der Unternehmen an zweiter Stelle als Risiko genannt: wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Energie- und Rohstoffpreise und der Fachkräftemangel. Mehr als 5.900 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“.
- Trotz einer leichten Belebung der Weltwirtschaft ist der Zuwachs bei den **Exportserwartungen** der Industrie gering: 26 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren, 21 Prozent mit steigenden. Der Saldo der Exporterwartungen steigt nur geringfügig von minus sieben auf minus fünf Punkte.
- Die **Investitionsneigung** verbessert sich nur geringfügig und bleibt insgesamt schwach: Während erneut 24 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen planen, müssen 31 Prozent Investitionen verringern. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt von minus neun auf minus sieben Punkte.
- Die **Finanzlage** der Unternehmen bleibt unverändert: Weiterhin 40 Prozent schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein.
- Die **Einstellungsabsichten** der Unternehmen bleiben zurückhaltend. 13 Prozent wollen mehr Personal einstellen, während 20 Prozent von weniger Beschäftigten ausgehen. Der resultierende Saldo liegt mit minus sieben Punkten (nach zuvor minus acht Punkten) weiter merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten.

## Deutsche Wirtschaft kommt nicht in Gang

Geschäftslage: Saldo aus gut minus schlecht-Meldungen; Geschäftserwartungen: Saldo aus besser minus geringer-Meldungen; Risiken: Anteil der Nennungen in Prozent

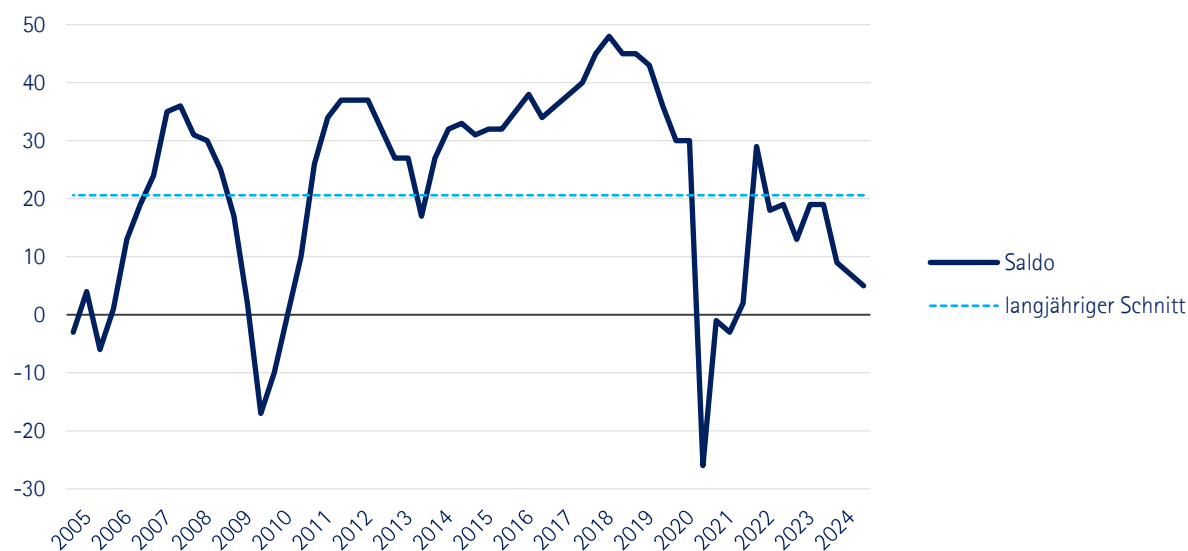


## Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die Stimmung in der Wirtschaft bleibt trüb. Es fehlen konjunkturelle Impulse. Gleichzeitig belasten strukturelle Probleme wie hohe Kosten, z. B. für Energie, Personal oder Finanzierung, sowie der Fachkräftemangel und überbordende Bürokratie die Betriebe. Zwar bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage immer noch knapp überwiegend positiv, jedoch ist der Abwärtstrend ungebrochen. Nur noch knapp drei von zehn Unternehmen (28 Prozent nach zuvor 29 Prozent) bewerten die aktuelle Geschäftslage als „gut“. Inves bewertet fast ein Viertel die Lage als „schlecht“ (23 Prozent nach zuvor 22 Prozent). Der Saldo der Lagebewertung setzt damit den Abwärtstrend fort und sinkt leicht von sieben auf nun fünf Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten. Diese Eintrübung zieht sich fast durch die gesamte Wirtschaft.

Ein Blick in die Unternehmensgrößen zeigt, dass die Lageeinschätzung bei den Großunternehmen freundlicher ausfällt als bei kleinen. Allerdings verschlechtert sich dort die Bewertung im Vergleich zum Jahresbeginn wieder deutlich. Der Saldo sinkt bei Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten um zehn auf nunmehr 13 Punkte. Bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit bis zu 199 Beschäftigten verschlechtert sich die Lage zu Vorumfrage geringfügig um einen auf vier Punkte.

### Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

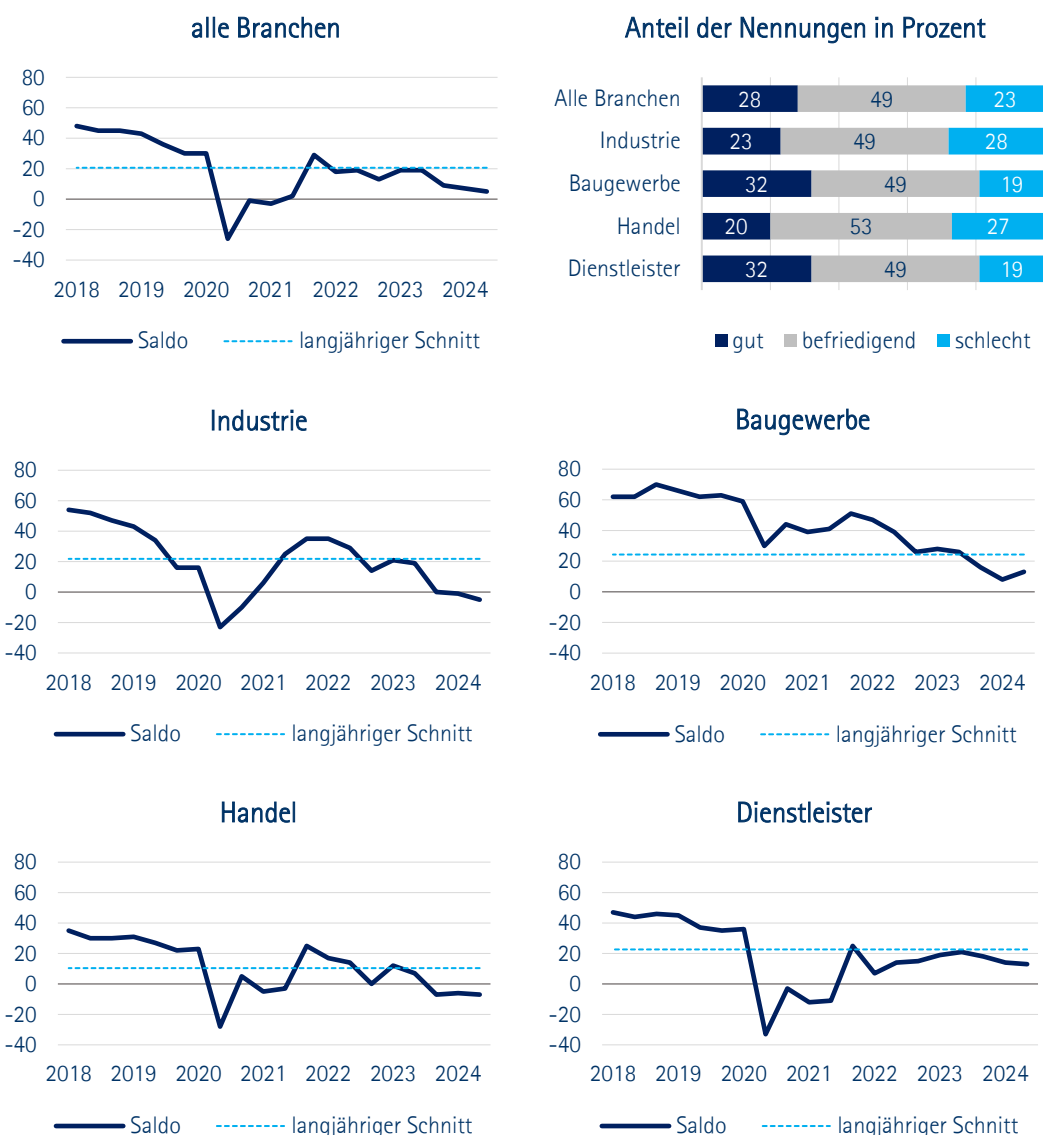


Die Lagebewertung in der **Industrie** bleibt insgesamt negativ und hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2024 noch weiter verschlechtert. Mittlerweile bezeichnen 28 Prozent der Betriebe ihre Geschäftslage als „schlecht“ (nach zuvor 26 Prozent), während nur noch 23 Prozent von einer guten Lage sprechen (zuvor 25 Prozent). Der Saldo sinkt um vier auf minus fünf Punkte. Er liegt damit weit unter dem langjährigen Schnitt von 22 Punkten. In der Industrie verharren Neuaufträge weiterhin auf einem niedrigen Niveau, während die Kosten für Energie und Rohstoffe, Vorleistungen, Kredite oder Löhne hochbleiben bzw. weiter gestiegen sind. Hinzu kommen Unsicherheiten bei den Lieferketten, geopolitische Risiken, eine zunehmend als Hemmnis empfundene Bürokratie und der andauernde Fachkräftemangel.

Bei den Unternehmen der häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten** ist die Lage nochmals schlechter als in der gesamten Industrie. Die nach wie vor hohen Energiepreise schmälern die Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Zudem drückt die Schwäche der gesamten Industrie auch die Auftragslage der Vorleister. Der Saldo der Geschäftslage setzt seinen Abwärtstrend fort und sinkt um zwei auf minus 16 Punkte. Besonders negativ stellt es sich dabei in der Metallerzeugung und -bearbeitung (Saldo minus 28 nach zuvor minus 26 Punkte) sowie im Bereich Glas, Keramik und Steinerarbeitung (Saldo minus 29 nach zuvor minus 24 Punkte) dar. Eine deutliche Verbesserung ist hingegen in der Chemischen Industrie zu erkennen (Saldo ein Punkt nach zuvor minus zwölf Punkten).



## Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die Investitionsschwäche im Inland hält an. Zudem schlägt sich die moderat wachsende Weltwirtschaft bisher kaum spürbar in den Auftragsbüchern der **Investitionsgüterhersteller nieder**. Entsprechend verschlechtert sich die Geschäftslage deutlich um elf auf zwei Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 28 Punkten. Diese negative Entwicklung zieht sich durch alle Schlüsselbranchen: Kraftfahrzeugbau (Saldo vier Punkte nach zuvor 13 Punkten), Elektrotechnik (Saldo minus ein Punkt nach zuvor acht Punkten) sowie Maschinenbau (Saldo minus zwei nach zuvor zehn Punkt).

Die Konsumzurückhaltung belastet das Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten**. Die Lageeinschätzung sinkt um vier auf minus fünf Saldopunkte. Als besonders trübe bewerten die Unternehmen im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe ihre Geschäftslage (Saldo von minus 13 nach zuvor minus zehn Punkten). Positiv stellt sich hingegen die Lage in der Pharmaindustrie dar, wenngleich hier die Bewertung deutlich nach unten geht (Saldo von 21 nach zuvor 35 Punkten).

Im **Baugewerbe** entspannt sich die Geschäftslage leicht. Die Preise für Baumaterialien wie Zement, Gips, Bitumen oder Glas liegen zwar immer noch auf einem erhöhten Niveau, sind aber in den vergangenen Monaten gesunken. Entsprechend gelangen knapp ein Drittel der Bauunternehmen (32 Prozent nach zuvor 30 Prozent) zu einer positiven Lageeinschätzung. Hingegen spricht ein Fünftel von einer schlechten Lage (19 Prozent nach zuvor 22 Pro-

zent). Der Saldo aus guten und schlechten Lagebeurteilungen steigt damit von acht auf dreizehn Punkte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Baubranchen sind allerdings beachtlich. Das anhaltend hohe Niveau der Bauzinsen ist besonders für den Hochbau ein Problem: Aufgrund des zinsbedingten Einbruchs der Aufträge im Wohnungsbau schätzen die Betriebe im Hochbau ihre Geschäftslage überwiegend als schlecht ein. Der Saldo steigt nur leicht um vier auf minus drei Punkte. Das liegt noch deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 23 Punkten. Im Tiefbau und im Ausbaugewerbe, wo sich die Auftragslage z. B. aufgrund von Infrastrukturprojekten und des Bedarfs nach energetischer Sanierung besser darstellt, ist die Lageeinschätzung überwiegend positiv. Im Ausbaugewerbe nimmt der Saldo leicht um fünf auf 29 Punkte zu. Im Tiefbau steigt der Saldo kräftig um neun auf 28 Punkte.

Eine gedämpfte Nachfrage und die gestiegenen Preise spürt der **Handel** auch im Frühsommer 2024 an den Kassen. Zudem ist die Kostenbelastung z. B. beim Personal hoch. Wieder schätzt nur einer von fünf Händlern seine Geschäftslage als „gut“ ein (20 Prozent nach zuvor 21 Prozent). Der Anteil derjenigen mit einer negativen Lagebeurteilung bleibt bei 27 Prozent. Der Saldo der Lagewertung verschlechtert sich damit geringfügig um einen auf minus sieben Punkte. Besonders negativ bewerten die Lage derzeit die Großhändler. Sie sind weiterhin von hohen Einkaufspreisen betroffen. Zudem bauen ihre Kunden aus der Industrie und dem Baugewerbe tendenziell noch eher ihre Vorräte ab, anstatt neue Ware zu bestellen. Die Lageeinschätzung im Großhandel bleibt überwiegend negativ. Der Saldo sinkt um fünf auf minus zwölf Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Corona-Pandemie (Saldo im Frühsommer 2020: minus 22 Punkte). Geringfügig aufwärts geht es hingegen im Einzelhandel, Das Konsumklima ist zwar immer noch schlecht, hat sich aber in den vergangenen Monaten etwas gebessert. Der Saldo der Lagebewertung im Einzelhandel steigt leicht um zwei auf minus sechs Punkte.

Der **Dienstleistungssektor** weist im Vergleich der Wirtschaftszweige noch die beste Geschäftslage auf. Insgesamt jedoch verschlechtern sich auch hier die Einschätzungen geringfügig: Knapp ein Drittel der Unternehmen bewertet seine aktuelle Lage weiterhin als „gut“ (32 Prozent nach zuvor 33 Prozent), gleichbleibend 19 Prozent als „schlecht“. Der Saldo sinkt leicht um einen auf 13 Punkte und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 23 Punkten.

Die Schwächephase der Industrie schlägt mittlerweile auch auf die überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen durch. Der Saldo der Lagewertung sinkt um drei auf 21 Punkte. Besonders im Bereich Leasing/Vermittlungsdienstleistungen hat sich die Lage deutlich verschlechtert. Über die Hälfte der Betriebe etwa meldet hier eine problematische Finanzlage (53 Prozent). Der Saldo der Geschäftslage sinkt um zehn auf minus vier Punkte. Noch schlechter sieht die Lage bei der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften aus. Der Saldo geht um sieben auf minus 27 Punkte zurück.

Im Gastgewerbe haben die Umsätze das Vor-Corona-Niveau noch immer nicht erreicht. Zudem spüren die Betriebe gestiegene Kosten und Engpässe bei Energie, Material oder auch Personal. Der Saldo der Geschäftslage steigt daher nur geringfügig um einen auf minus drei Punkte. Das liegt noch deutlich unter dem langjährigen Schnitt von zehn Punkten. Ein Lichtblick sind hingegen die Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter. Der seit 2022 anhaltende Aufwärtstrend setzt sich fort. Hier wirken immer noch Corona-Nachholeffekte, so konnte z. B. erst im vergangenen Jahr wieder ein komplettes Messeprogramm stattfinden. Der Saldo der Lagebewertung steigt erneut um vier auf 34 Punkte. Auch in der Reisewirtschaft wirken noch Nachholeffekte. Trotz schwieriger konjunktureller Lage wird bei Urlaubsreisen weiterhin kaum gespart. Bei den Reisevermittlern sinkt der Saldo der Geschäftslage um drei auf 33 Punkte. Das liegt weit über dem langjährigen Schnitt von sieben Punkten.

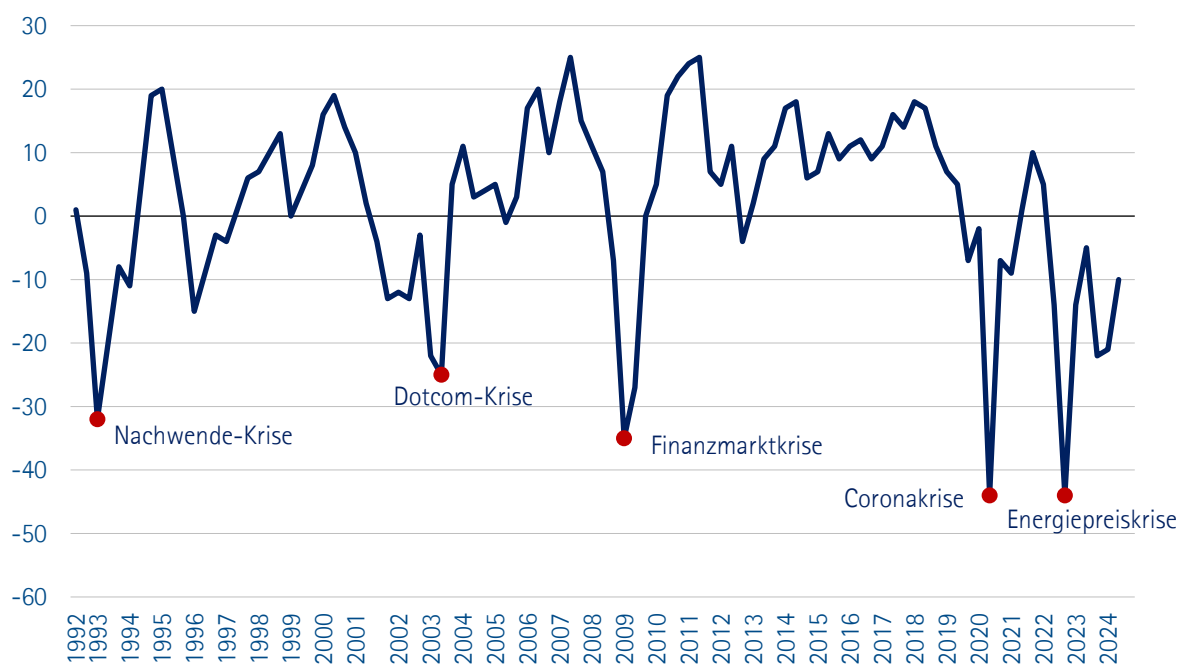
Eine überwiegend schlechte Geschäftslage verfestigt sich im Bereich Verkehr und Lagerei. Die Erhöhung der LKW-Maut, zahlreiche Engpässe in der Schienen- und Straßeninfrastruktur oder der Fachkräftemangel, z. B. bei Fahrern, schlagen weiterhin zu Buche. Der Saldo der Lagebewertung steigt nur leicht um drei auf minus sieben Punkte. Besonders im Straßengüterverkehr bleibt die Lage trüb (Saldo bei gleichbleibend minus zwölf Punkten).

## Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen hellen sich zwar auf, bleiben aber insgesamt pessimistisch. Insbesondere geht der Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen merklich zurück (26 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Allerdings überwiegen sie immer noch deutlich den Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen (16 Prozent nach zuvor 14 Prozent). Im Saldo klettern die weiterhin negativen Erwartungen von minus 21 auf minus zehn Punkte. Eine schwache Konjunktur im Inland und strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise bereiten den Unternehmen große Sorgen. Zusätzlich erweisen sich unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Hemmschuh für viele Betriebe. Immerhin steigen mit der rückläufigen Inflationsrate die Hoffnungen auf eine Absenkung der Zinsen.

Die Geschäftserwartungen hellen sich in allen Unternehmensgrößenklassen auf. Allerdings sind die Erwartungen bei den Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten grundsätzlich positiver als bei kleineren. Ihr Saldo steigt von null auf fünf Punkte. Bei KMU mit weniger als 200 Beschäftigten klettert er zwar von minus 24 auf minus zwölf Punkte, bleibt damit aber immer noch deutlich im negativen Bereich.

### Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

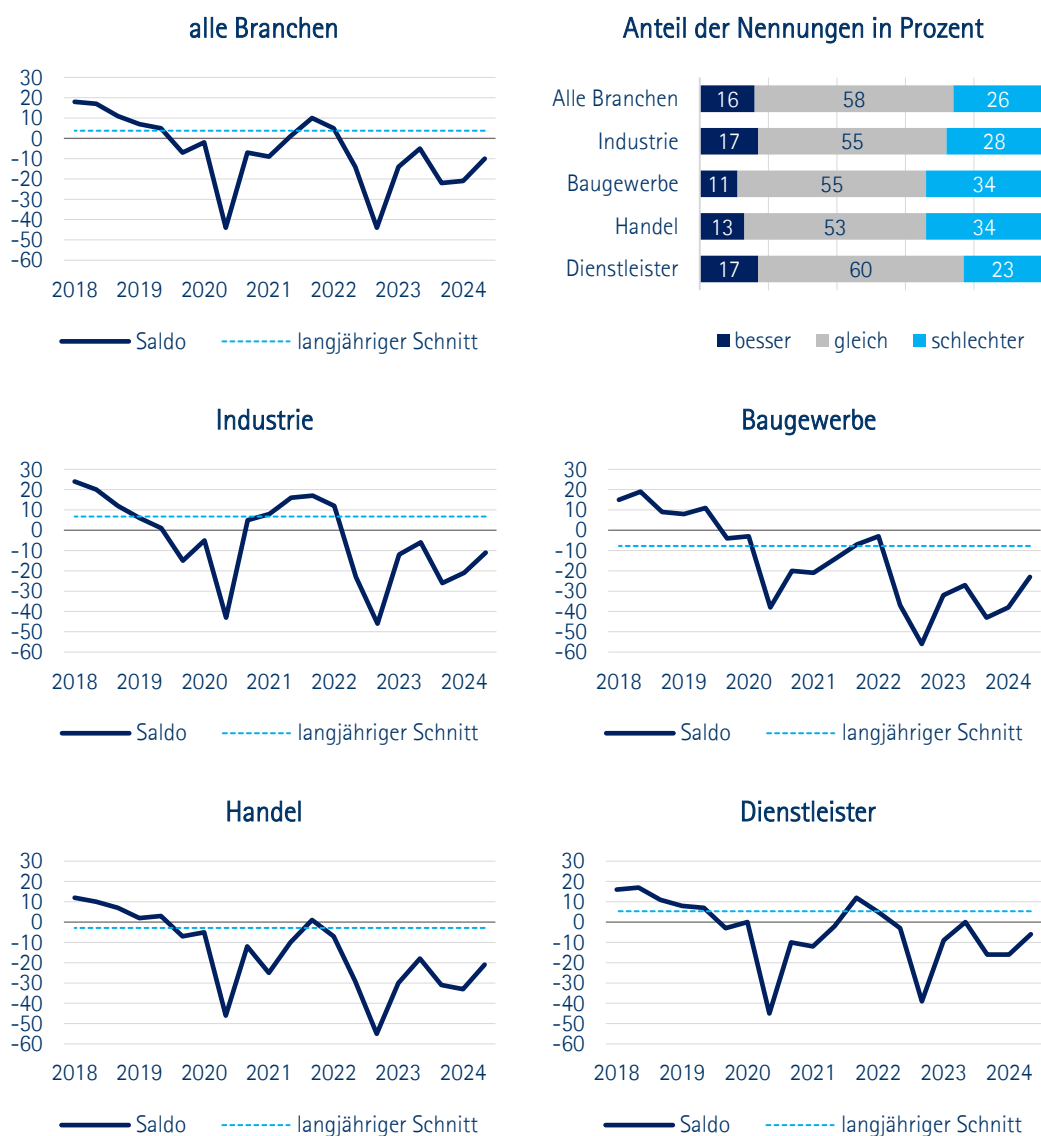


**Die Industrieunternehmen** sind zunehmend um die Inlandsnachfrage besorgt. Die Neuaufträge aus dem Inland liegen so niedrig wie zu Anfangsphasen der Pandemie. Gleichzeitig bleiben Arbeitskosten, unsichere wirtschaftspolitische Rahmendbedingungen und der Fachkräftemangel drängende Probleme für viele Industriebetriebe. Trotz Anziehen der Weltkonjunktur erwarten sie auch vom Auslandsgeschäft kaum Impulse. Positiv macht sich immerhin der Rückgang bei Energie- und Erzeugerpreisen bemerkbar. Insgesamt bleiben die Geschäftserwartungen der Unternehmen noch überwiegend pessimistisch: Knapp drei von zehn (28 Prozent nach zuvor 35 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Anteil mit positiven Erwartungen steigt nur leicht auf 17 Prozent (zuvor 14 Prozent). Der Saldo verbessert sich damit deutlich um zehn auf minus elf Punkte. Er liegt aber weiterhin deutlich unter dem langjährigen Schnitt von sieben Punkten.

Den häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterherstellern** setzen die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise noch immer zu. Gleichzeitig drückt auch die schwache Industriekonjunktur auf die Nachfrage nach Vorleistungen. So ist die Inlandsnachfrage mittlerweile das häufigste Geschäftsrisiko und liegt mit 72 Prozent nur knapp unter einem Höchststand (74 Prozent im Frühsommer 2020). Drei von zehn Unternehmen (30 Prozent nach zuvor 40 Prozent) rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte.

## Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Nur jeder sechste Betrieb (16 Prozent nach zuvor 14 Prozent) geht von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen nimmt um zwölf auf minus 14 Punkte zu. Besonders schlecht bleibt die Stimmung trotz Verbesserungen dabei bei den Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik und Steinerarbeitung (Saldo von minus 25 nach zuvor minus 49 Punkten) und im Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (Saldo von minus 24 nach zuvor minus 47 Punkten). Die chemische Industrie hat die Talsohle vermutlich erreicht. Der Energiepreisschock nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine hat die Branche zu harten und dauerhaften Einschnitten in der Produktion gezwungen. Der Konsolidierungsprozess ist noch im vollen Gange. So wollen 30 Prozent der Unternehmen aus Kostengründen verstärkt im Ausland investieren – das ist der höchste Wert seit 20 Jahren (siehe [Sonderauswertung DIHK-Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2024 zu Auslandsinvestitionen](#)). Ausgehend von einem historisch niedrigen Produktionslevel hat die chemische Industrie aktuell wieder schwach positive Erwartungen (Saldo von vier nach zuvor minus zehn Punkten).

Bei den Herstellern von **Investitionsgütern** verbessert sich die Stimmung ebenfalls etwas. Fast zwei Drittel der Betriebe (64 Prozent) sind jedoch über die Inlandnachfrage besorgt. Die Neuaufträge sind rückläufig und Auftragsbestände schmelzen kontinuierlich ab. Über ein Viertel der Betriebe rechnet mit schlechteren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten (27 Prozent nach zuvor 33 Prozent). 18 Prozent (nach zuvor 16 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt um sieben auf minus neun



Punkte. Ins Positive drehen die Erwartungen in der Elektrotechnik. Die Branche profitiert von der Digitalisierung und Elektrifizierung. Gleichzeitig ist die Energieintensität gering (Saldo von zwei nach zuvor minus sechs Punkten). Im Maschinenbau und im Kraftfahrzeugbau bleiben die Erwartungen hingegen trotz Aufhellung deutlich negativ (Saldo von minus elf nach zuvor minus 19 Punkten bzw. Saldo von minus 16 nach zuvor minus 33 Punkten).

Bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** bessern sich die Erwartungen ebenfalls. Die Stimmung insgesamt bleibt jedoch pessimistisch. Ein Viertel der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (25 Prozent nach zuvor 33 Prozent) geht von einer Verschlechterung aus. Nur 17 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) rechnen mit einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten. Damit steigt der Saldo der Geschäftserwartungen um zehn auf minus acht Punkte. Besonders optimistisch blicken im Branchenvergleich die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie in die Zukunft, wobei der Saldo bei 16 Punkten verharrt, was auch dem langjährigen Schnitt entspricht. Einen kräftigen Anstieg verzeichnet die Nahrungs- und Futtermittelindustrie (aktueller Saldo minus fünf nach zuvor minus 19 Punkten).

Das **Baugewerbe** blickt weniger pessimistisch auf die kommenden zwölf Monate als noch zu Jahresbeginn. Kostenseitig entlasten die sinkenden Preise für Baumaterialien, wenngleich sie noch immer deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen. Mehr als jedes dritte Unternehmen rechnet mit schlechteren Geschäften (34 Prozent nach zuvor 44 Prozent). Lediglich jeder Zehnte (elf Prozent nach zuvor sechs Prozent) blickt optimistisch in die Zukunft. Der Saldo der Erwartungen verbessert sich damit deutlich, liegt aber noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau von minus 23 Punkten (nach zuvor minus 38 Punkte). Besonders im Hochbau sind die Geschäftserwartungen noch düster. Angesichts der zinsbedingt anhaltend schlechten Auftragslage im Wohnungsbau ist das häufigste Risiko mittlerweile die Inlandsnachfrage (62 Prozent nach zuvor 63 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen liegt entsprechend mit minus 29 Punkten (zuvor minus 45 Punkten) weiterhin tief im negativen Bereich und deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von minus acht Punkten. Im Tiefbau ist die Auftragsperspektive besser. Infrastrukturprojekte für Straße, Schiene und besonders den Ausbau der Energieinfrastruktur lassen die Geschäftserwartungen erneut steigen. Der Saldo legt um 13 auf minus elf Punkte zu. Das liegt zwar noch immer im negativen Bereich, aber bereits nah dran am langjährigen Durchschnitt von minus zwölf Punkten. Die Erwartungen im Ausbaugewerbe hellen sich ebenfalls von sehr niedrigem Niveau kommend auf (Saldo von minus 18 nach zuvor minus 33 Punkte).

Gesunkene Energie- und Rohstoffpreise sowie ein sich zuletzt auf niedrigem Niveau stabilisierendes Konsumklima lassen im **Handel** die Geschäftserwartungen etwas steigen. Gleichwohl belasten die Verunsicherung bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weiterhin die Stimmung, nicht nur bei den Betrieben selbst, sondern auch bei den Kunden. Der Ausblick bleibt damit düster. Nur 13 Prozent der Handelsunternehmen blicken optimistisch in die Zukunft (zuvor 10 Prozent). Mehr als drei Viertel (34 Prozent nach zuvor 43 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt damit um zwölf auf minus 21 Punkte. Die Bewertungen im Groß- und Einzelhandel liegen dabei nahe beieinander (Einzelhandel: Saldo von minus 21 nach zuvor minus 31 Punkten; Großhandel Saldo von minus 22 nach zuvor minus 33 Punkten).

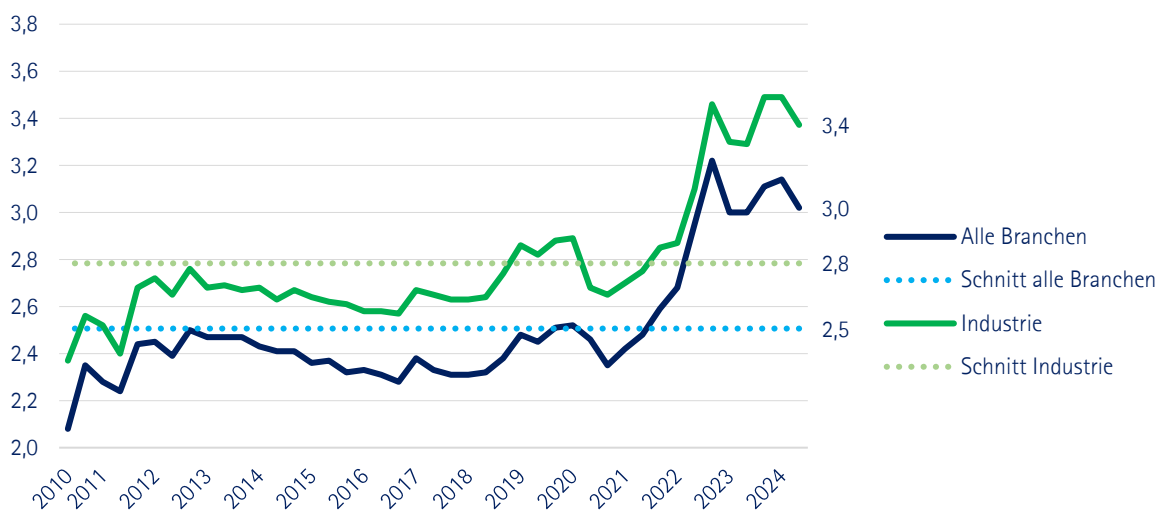
Im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen sind die Geschäftserwartungen im heterogenen **Dienstleistungssektor** noch am wenigsten eingetrübt. Allerdings überwiegt auch hier noch leicht der Anteil der Pessimisten mit 23 Prozent (nach zuvor 31 Prozent) den Anteil der Optimisten mit 17 Prozent (nach zuvor 15 Prozent). Der Saldo steigt damit um zehn auf nunmehr minus sechs Punkte. Einen besonders kräftigen Anstieg der Geschäftserwartungen verzeichnen die Betriebe im Gastgewerbe. Das hat nicht nur saisonale Gründe, auch der Druck bei Energie- und Materialkosten nimmt aufgrund sinkender Preise etwas ab. Die Gästezahlen sind stabil und nahe am Vorkrisenniveau. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt von minus 37 auf minus zehn Punkte. Bei den Betrieben im Bereich Verkehr und Lagerei bietet sich ein ähnliches Bild. Sinkende Kraftstoffpreise entlasten die Unternehmen ein wenig. Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten bleiben aber als Geschäftsrisiken weiter auf hohem Niveau (Höchststand bei Arbeitskosten mit 63 Prozent; Fachkräftemangel bei 62 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt deutlich um 18 auf minus 17 Punkte. Das liegt immer noch erheblich unter dem langjährigen Schnitt von minus sechs Punkten. Etwas weniger pessimistisch sind die Geschäftserwartungen bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Allerdings gibt es auch hier keine breite Aufbruchstimmung. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt nur leicht um vier auf minus zwei Punkte.

## Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft bleibt der Problemdruck anhaltend hoch. Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Zahl der Geschäftsrisiken, denen sich die Unternehmen gegenübersehen, nach oben geschneilt. Nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine schwächelnde Nachfrage im Inland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern auch und gerade strukturelle Probleme wie hohe Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen oder der Fachkräftemangel bereiten Sorge. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Aktuell benennt ein Unternehmen im Schnitt 3,0 verschiedene Risiken. In der Industrie sind es 3,4. Das sind beinahe Höchststände (3,2 bzw. 3,5).

### DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)

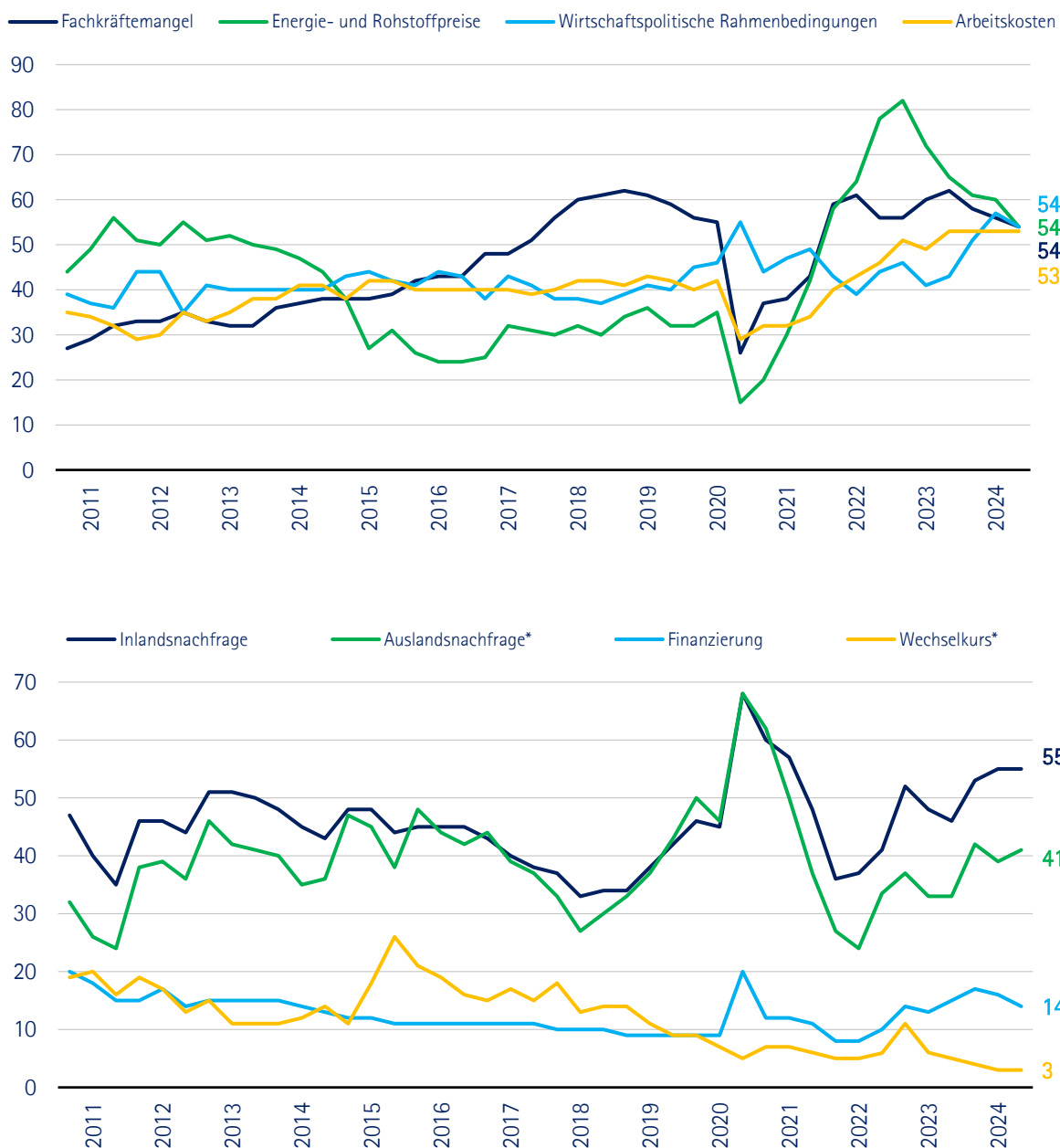


\* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierung, Wechselkurs, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Als häufigstes Geschäftsrisiko hat aus Sicht der Unternehmen die **Inlandsnachfrage** die Energie- und Rohstoffpreise knapp abgelöst. Aufgrund der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase, der Zurückhaltung der Verbraucher beim Konsum und der Unternehmen bei Investitionen bleibt das Geschäftsrisiko der Inlandsnachfrage weiter auf einem überdurchschnittlichen Niveau (55 Prozent; langjähriger Durchschnitt bei 46 Prozent). Die Sorge um Kunden und Aufträge belastet besonders die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen. Der Saldo der Geschäftslage liegt bei Unternehmen, die das Risiko Inlandsnachfrage angeben, bei minus 15 Punkten, der Saldo der Geschäftserwartungen bei minus 23 Punkten (zum Vergleich gesamte Wirtschaft: Lage-Saldo fünf Punkte, Erwartungssaldo minus zehn Punkte). Angesichts des Abwärtstrends bei den Neuaufträgen im Verarbeitenden Gewerbe sehen zwei Drittel der Industriebetriebe darin eine Gefahr für ihr Geschäft (66 Prozent nach zuvor 65 Prozent). Das ist der höchste Wert seit der Pandemie (68 Prozent im Herbst 2020). Im Handel bleibt die seit Monaten spürbare Kaufzurückhaltung der Kunden, d. h. sowohl der Unternehmen als auch der Privathaushalte, die Hauptsorge. Auch im Handel ist die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko an Platz 1 (gleichbleibend 65 Prozent). Die noch immer hohen Bauzinsen und der Einbruch der Aufträge im privaten Wohnungsbau sorgen dafür, dass immer noch über die Hälfte der Bau-Betriebe das Risiko Inlandsnachfrage nennen (54 Prozent nach zuvor 55 Prozent). Besonders im Hochbau liegt das Risiko mit (62 Prozent nach zuvor 63 Prozent) nahe am Höchststand vom Herbst 2023 (64 Prozent). Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage im Sektorenvergleich am geringsten ausgeprägt, wenngleich auch hier mit gleichbleibend 47 Prozent fast die Hälfte der Betriebe das Risiko nennt.

## Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; \*Export-Industrie



Gleich drei Geschäftsrisiken werden von 54 Prozent der Unternehmen an zweiter Stelle als Risiko genannt: wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Energie- und Rohstoffpreise und der Fachkräftemangel. Mit 54 Prozent liegen die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** nur leicht unter dem Allzeithöchststand der vergangenen Umfrage (57 Prozent). Mehr als 5.900 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Etwa 47 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, in der Vorumfrage waren es „nur“ 41 Prozent. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Steuern, und Inflation.

## Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 5.900 Freitextantworten)



Die Energiepreise liegen derzeit zwar niedriger als noch vor einem Jahr, allerdings bewegen sie sich immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Und auch in der langfristigen Preisperspektive ist von einem höheren Niveau auszugehen. Das spiegelt sich auch in den Geschäftsrisiken der Unternehmen wider. In der Gesamtwirtschaft ist das Risiko **Energie- und Rohstoffpreise** im Vergleich zum Höchststand im Herbst 2022 (82 Prozent) zwar deutlich gefallen (aktuell 54 Prozent nach zuvor 60 Prozent). Der Wert liegt jedoch immer noch merklich über dem langjährigen Durchschnitt von 43 Prozent. Besonders häufig sind in der Industrie die **Energie- und Rohstoffpreise** noch ein Geschäftsrisiko (63 Prozent nach zuvor 70 Prozent). Die Unterschiede innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind jedoch groß, je nach Höhe des Energiekostenanteils: Bei den energieintensiven Unternehmen nennen noch drei von vier (73 Prozent) Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Bei weniger energieintensiven Industrien, wie z.B. der Elektrotechnik sind es mittlerweile weniger als die Hälfte (48 Prozent).

### TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeit hoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	66% (65%) Inlandsnachfrage	64% (62%) Fachkräftemangel	65% (65%) Inlandsnachfrage	56% (58%) Fachkräftemangel
2.	63% (70%) Energie- und Rohstoffpreise	59% (68%) Energie- und Rohstoffpreise	55% (59%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	53% (56%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
3.	56% (58%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	55% (57%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	55% (61%) Energie- und Rohstoffpreise	<b>52% (52%) Arbeitskosten</b>
4.	55% (56%) Arbeitskosten	54% (55%) Inlandsnachfrage	52% (53%) Arbeitskosten	49% (54%) Energie- und Rohstoffpreise
5.	51% (54%) Fachkräftemangel	<b>54% (54%) Arbeitskosten</b>	48% (49%) Fachkräftemangel	47% (47%) Inlandsnachfrage

Die demografische Entwicklung sorgt dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** nur geringfügig abnimmt. Über die Hälfte der Unternehmen (54 Prozent nach zuvor 56 Prozent) geben Fachkräftemangel aktuell als Geschäftsrisiko an. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Im Dienstleistungssektor ist der Fachkräftemangel wie bereits in den letzten beiden Umfragen das am häufigsten genannte Risiko. Mehr als jeder zweite Betrieb sieht darin eine wesentliche Herausfor-

derung (56 Prozent nach zuvor 58 Prozent). Auch für das Baugewerbe ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften mittlerweile wieder das drängendste Thema. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen knapp zwei Drittel der Betriebe (64 Prozent nach zuvor 62 Prozent) über fehlende Fachkräfte.

Weiterhin auf einem Höchststand mit gleichbleibend 53 Prozent nennen die Unternehmen die **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko. In allen vier Hauptsektoren ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. Dahinter verbergen sich nicht nur die Lohnsteigerungen als Folge der hohen Inflationsraten. Auch die demografisch bedingten Arbeitskräfteengpässe lassen Fachkräfte knapper und damit teurer werden.

Die Weltkonjunktur hat sich bisher resilienter gezeigt als befürchtet. Für die Weltwirtschaft wird ein moderates Wachstum prognostiziert. Der Transmissionsriemen, dass eine wachsende Weltwirtschaft auch der heimischen Industrie Auftrieb verleiht, scheint jedoch noch nicht zu wirken. Zudem sorgen geopolitische Risiken wie der Krieg in der Ukraine oder der Konflikt im Nahen Osten für Verunsicherung. Das Risiko der **Auslandnachfrage** steigt wieder etwas an. Mittlerweile geben 41 Prozent der exportierenden Industrieunternehmen die Auslandsnachfrage als Geschäftsrisiko an. Das liegt leicht über dem langjährigen Durchschnitt von 39 Prozent.

Der Anteil der Unternehmen, die im Zugang zur **Finanzierung** einen Risikofaktor sehen, geht erneut auf 14 Prozent zurück (nach zuvor 16 Prozent). Der langjährige Durchschnitt liegt bei 13 Prozent. Das spricht für einen langsamen Gewöhnungsprozess an das erhöhte Zinsniveau. Darüber hinaus nähren die sinkenden Inflationsraten auch die Hoffnung auf eine mittelfristige Lockerung der Geldpolitik. Überdurchschnittlich hoch bleibt das Risiko allerdings in den Branchen, die besonders von den hohen Bauzinsen betroffen sind (Immobilienwirtschaft 36 Prozent nach zuvor 38 Prozent; Hochbau (33 Prozent nach 32 Prozent), sowie bei den Energieversorgern (33 Prozent nach 31 Prozent).

Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse, haben zu einer Entspannung beim **Wechselkursrisiko** geführt. Wie zu Jahresbeginn sehen nur drei Prozent der exportierenden Industrieunternehmen ernstzunehmende Wechselkursrisiken für ihr Geschäft. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von zwölf Prozent.

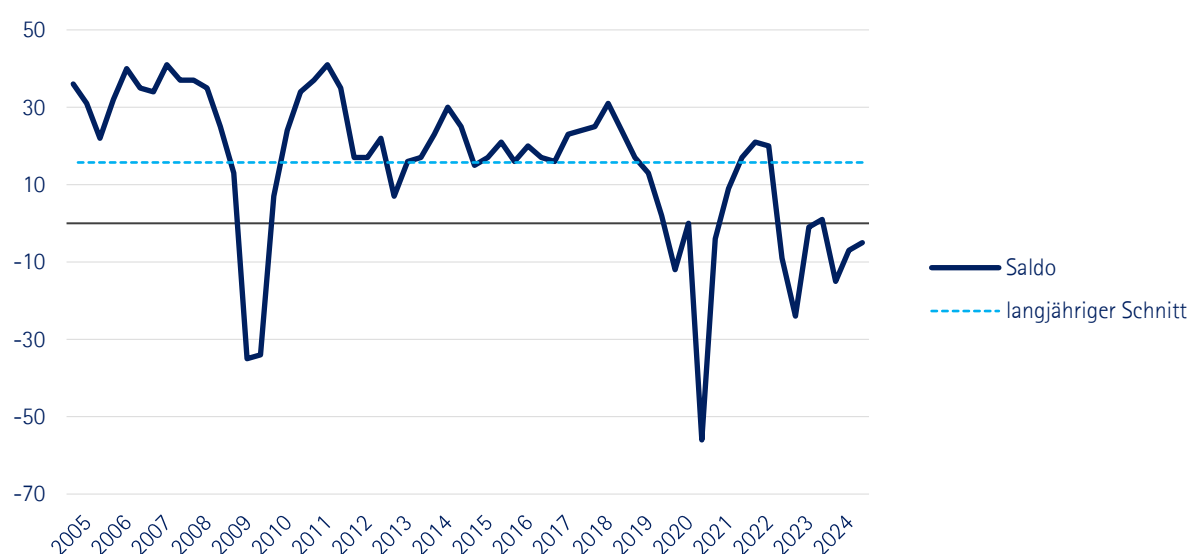


## Exporterwartungen der Industrieunternehmen

Im Frühsommer 2024 bewegen sich die Exporterwartungen der Industrieunternehmen weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Einschätzungen verbessern sich gegenüber der Umfrage zu Jahresbeginn nur leicht: Noch 26 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Jahresbeginn 2024: 28 Prozent). Gleichbleibend jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent nach zuvor 2024: 21 Prozent) erwartet steigende Ausfuhren. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft (Jahresbeginn 2024: 51 Prozent). Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen steigt um lediglich zwei Punkte von minus sieben auf minus fünf Punkte. Die aktuellen Einschätzungen zum Exportgeschäft liegen noch immer weit unter dem langjährigen Schnitt von 16 Punkten.

### Exporterwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

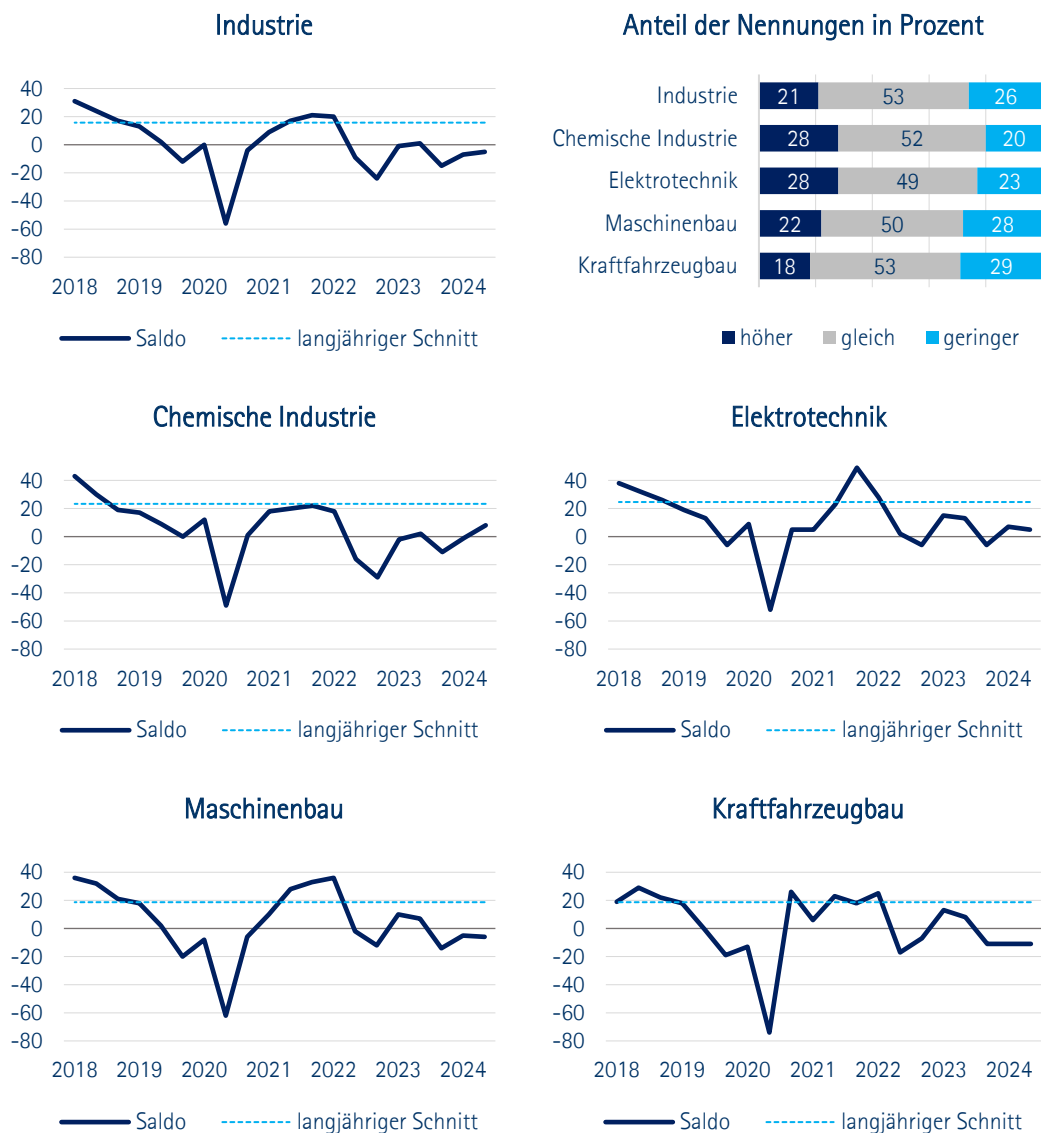


Trotz einer leichten Belebung der Weltwirtschaft ist der Zuwachs bei den Exporterwartungen der Industrie gering. Weltweit rückläufige Inflationsraten, die die Kaufkraft von Konsumenten im Ausland stützen, und Hoffnungen auf Zinssenkungen verbessern in einigen Branchen die Erwartungen auf niedrigem Niveau. Anhaltend geopolitische Spannungen und Handelskonflikte, die für Unsicherheit im internationalen Handel sorgen, dämpfen auf der anderen Seite die Zuversicht. Nach wie vor trübt auch die Nachfrageschwäche Chinas den Ausblick. 41 Prozent der Unternehmen sehen in einer geringen Auslandsnachfrage ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten und damit wieder etwas häufiger als in der Vorumfrage (Jahresbeginn 2024: 39 Prozent). Weiterhin sieht sich die Industrie mit im internationalen Vergleich hohen Energiepreisen konfrontiert, die die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Vorleistungsgüterproduzenten sowie Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten haben im Schnitt bessere Erwartungen für ihr Auslandsgeschäft als zu Jahresbeginn. Die Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten haben sich entgegen dem Trend nicht verbessert und liegen unter dem Niveau der Vorumfrage. Erstmals seit vier Jahren sind die Investitionsgüterproduzenten damit im Vergleich zu den anderen industriellen Hauptgruppen nicht am zuversichtlichsten beim Export. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich die leichte Belebung der Weltwirtschaft derzeit vor allem bei Konsumgütern zeigt und die Industrieproduktion eher in anderen Weltregionen als hierzulande langsam anspringt. Während sich die Exporterwartungen bei einem Großteil der Unternehmen verbessern, konnten sich die zuversichtlichen Erwartungen der Unternehmen mit 1.000 oder mehr Beschäftigten vom Jahresbeginn nicht in der Höhe bestätigen. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Exporterwartungen sinkt deutlich von 23 Punkten auf aktuell zehn Punkte. Dennoch sind die Perspektiven für das Auslandsgeschäft damit optimistischer als bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen bis 199 Beschäftigte (Saldo minus zehn Punkte nach zuvor minus 13 Punkten).

## Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Von der weltweit wieder langsam expandierenden Industrieproduktion können die deutschen Unternehmen derzeit nur bedingt profitieren – bei den Herstellern von Investitionsgütern kommen die positiven Impulse noch nicht an. Die **Investitionsgüterproduzenten** haben überwiegend negative Annahmen für die Entwicklung ihrer Ausfuhren. 24 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 27 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo aus höheren und geringeren Erwartungen sinkt damit leicht von minus einem Punkt in der Vorumfrage auf aktuell minus drei Punkte.

Mit den Kraftfahrzeug- und Maschinenbauern sehen noch immer zwei der wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft eine überwiegend negative Entwicklung ihres Auslandsgeschäfts. Die Exporterwartungen im **Kraftfahrzeugbau** stagnieren im Vergleich zum Jahresbeginn. Gleichbleibend zur Vorumfrage erwarten 18 Prozent der Unternehmen ein Exportwachstum und 29 Prozent erwarten sinkende Ausfuhren. Der Saldo der Branche stagniert bei minus elf Punkten. Neben einer generell geringen Nachfrage macht sich bemerkbar, dass andere Länder, z. B. die USA und China, Produktionskapazitäten aufgebaut haben und die Nachfrage nach Autos „Made in Germany“ abnimmt. Der langjährige Schnitt liegt bei zwölf Punkten. Die Erwartungen der **Maschinenbauer** verschlechtern sich noch einmal geringfügig. Jedes fünfte Unternehmen (22 Prozent) erwartet steigende Exporte in den kommenden Monaten, 28 Prozent erwarten sinkende Ausfuhren. Der Saldo sinkt von minus fünf auf minus sechs Punkte und liegt noch weit unter dem langjährigen Schnitt von 19 Punkten. Zuletzt haben sich die Auftragseingänge schwach entwickelt. Zudem macht sich auch in

der Branche bemerkbar, dass andere Länder Marktanteile gewinnen. Die **Hersteller von Elektrotechnik** halten ihre positiven Einschätzungen zu ihrem Auslandsgeschäft mit minimalem Rückgang aufrecht. 28 Prozent erwarten steigende Exporte, 23 Prozent sinkende. Der Saldo sinkt zwar von sieben auf fünf Punkte und ist damit – im Gegensatz zu den Investitionsgüterproduzenten insgesamt – im positiven Bereich.

Die **Vorleistungsgüterproduzenten** sind hinsichtlich ihrer Exporterwartungen am pessimistischsten unter den industriellen Hauptgruppen. 18 Prozent der Unternehmen erwarten ein Exportwachstum, 27 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo steigt von minus zwölf auf minus neun Punkte. Heraus sticht dabei die **chemische Industrie**. Die seit 2022 anhaltende Talfahrt bei den Neuaufträgen aus dem Ausland scheint beendet. Am aktuellen Rand stabilisieren sich die Bestellungen auf sehr niedrigem Niveau. Entsprechend verbessern sich die Exporterwartungen der Chemieunternehmen: 28 Prozent mit höheren Erwartungen stehen 20 Prozent mit geringeren gegenüber. Der Saldo verbessert sich von minus einem Punkt auf acht Punkte, liegt damit aber noch unter dem langjährigen Schnitt von 23 Punkten. Damit blickt die chemische Industrie anders als andere Branchen im Vergleich zu den vorangegangenen herausfordernden Jahren zumindest wieder etwas hoffnungsvoller auf das Auslandsgeschäft. In etlichen anderen Branchen setzten die im internationalen Vergleich hohe Energiepreise die Unternehmen weiter unter Druck. In der **Gummi- und Kunststoffindustrie** erwarten 18 Prozent steigende Exporte, 31 Prozent geringere. Der Saldo sinkt von minus zwölf Punkten auf minus 13 Punkte und verharrt damit deutlich im negativen Saldobereich. Der langjährige Schnitt liegt bei zwölf Punkten. Immer noch tief im negativen Bereich, aber zumindest im Vergleich zur Vorumfrage leicht verbessert haben sich die Erwartungen der **Metallerzeugungs- und bearbeitungsbetriebe**: Der Saldo steigt von minus 21 auf minus 19 Punkte. Die hiesigen Standortnachteile, besonders beim Thema Energie, setzen der Branche erheblich zu.

Die Exporterwartungen der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** verbessern sich aufgrund sinkender Inflationsraten und steigender Kaufkraft der Konsumenten in wichtigen Absatzmärkten. Unternehmen mit steigenden und sinkenden Exporterwartungen halten sich die Waage: 23 Prozent erwarten höhere Exporte, 23 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten. Der Saldo steigt von minus fünf Punkten auf null Punkte. Die Erwartungen des Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbes nehmen deutlich zu: 20 Prozent erwarten höhere Ausfuhren, 27 Prozent niedrigere. Der Saldo wächst von minus 19 Punkte zu Jahresbeginn auf aktuell minus sieben Punkte. Noch immer überdurchschnittlich positiv im Vergleich zur gesamten Industrie zeigt sich die **pharmazeutische Industrie**, allerdings mit deutlichem Rückgang im Vergleich zur Vorumfrage. Noch 30 Prozent (Jahresbeginn: 39 Prozent) rechnen mit steigenden Ausfuhren, 17 Prozent (Jahresbeginn: acht Prozent) erwarten einen Rückgang. Der Saldo sinkt von 31 Punkten auf 13 Punkte und entfernt sich wieder deutlich vom langjährigen Schnitt von 33 Punkten.

## Investitionsabsichten der Unternehmen

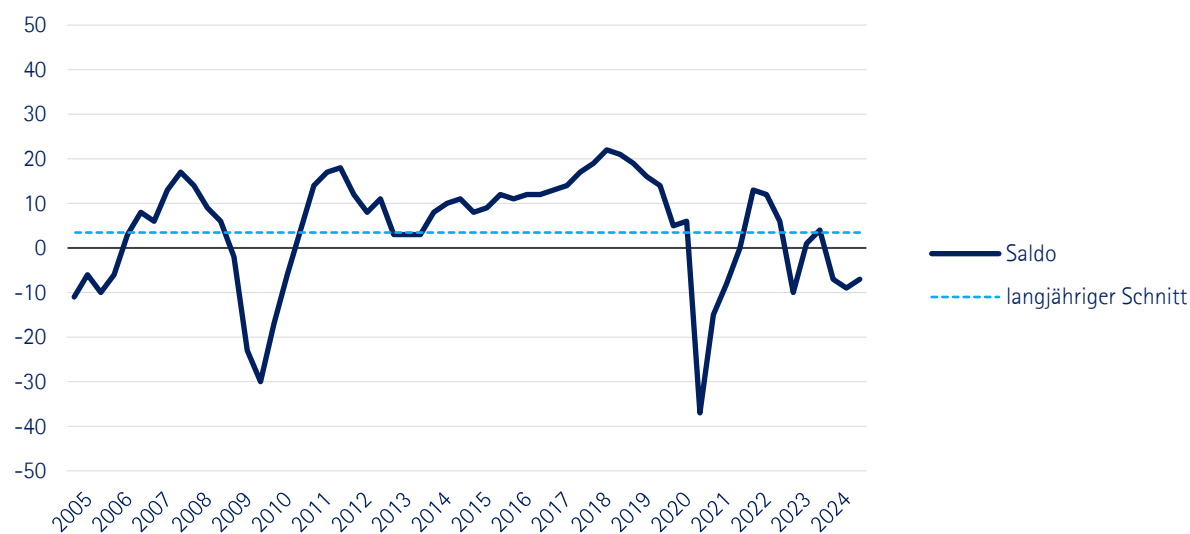
Gedämpfte Konjunkturerwartungen und strukturelle Probleme machen sich auch bei den Investitionsplänen der Betriebe bemerkbar. Die Investitionsneigung verbessert sich nur geringfügig gegenüber der Vorumfrage. Während erneut 24 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen planen, geben 31 Prozent (nach zuvor 33 Prozent) an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt auf minus sieben nach minus neun Punkten und befindet sich damit auf dem restriktiven Niveau vom Herbst 2023.

Mit einer spürbaren Ausweitung der Investitionen planen allerdings die Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte. Der Saldo der Investitionsabsichten erhöht sich von acht auf elf Punkte – und erreicht damit fast den langjährigen Schnitt dieser Größenklasse (zwölf Punkte). Bei den KMU bis 199 Beschäftigte verbessert sich der Investitionssaldo zwar ebenfalls, von minus zwölf auf minus neun Punkte. Allerdings bleiben sie noch deutlich hinter ihren durchschnittlichen Plänen der letzten Jahre zurück. Insgesamt bleibt damit der Schwung bei Investitionen aus.

Die inländische Investitionszurückhaltung zeigt sich über alle Motive hinweg. Der Anteil der Unternehmen, die in Produktinnovationen, in den Umweltschutz und in den Ersatz investieren wollen, nimmt jeweils um einen Prozentpunkt ab (auf 27 Prozent, 24 Prozent, 66 Prozent). Auf unverändert sehr niedrigem Niveau verharrt das Motiv der Kapazitätsausweitung (20 Prozent). Lediglich 2003 und während der Finanzkrise wollten hierzulande noch weniger Betriebe zu Produktionsausweitung investieren. Rationalisierungsinvestitionen bleiben mit 32 Prozent das zweitwichtigste Investitionsmotiv, nach den Ersatzinvestitionen (66 Prozent).

### Investitionsabsichten der Unternehmen

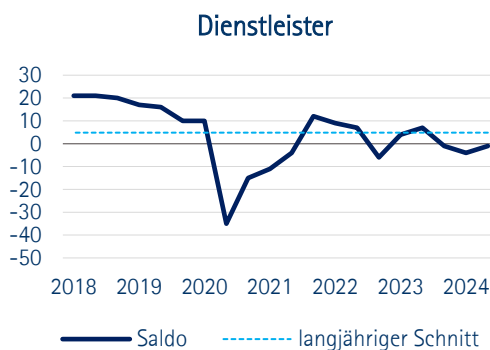
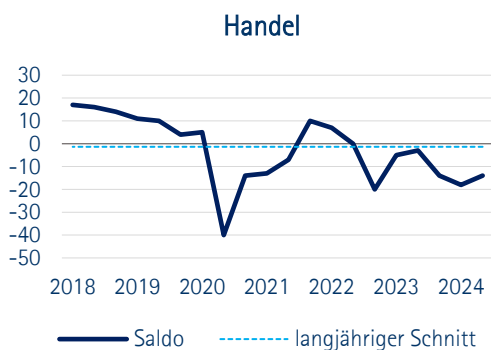
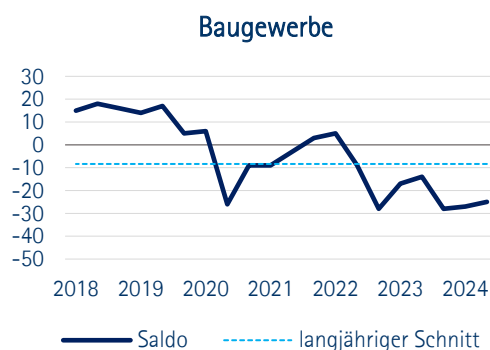
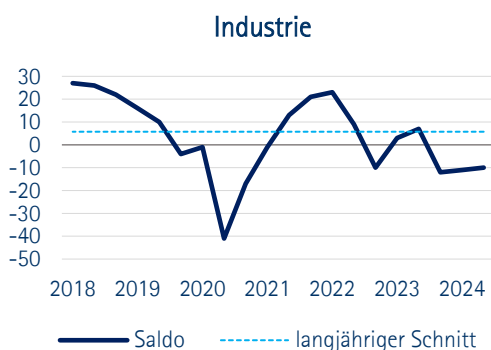
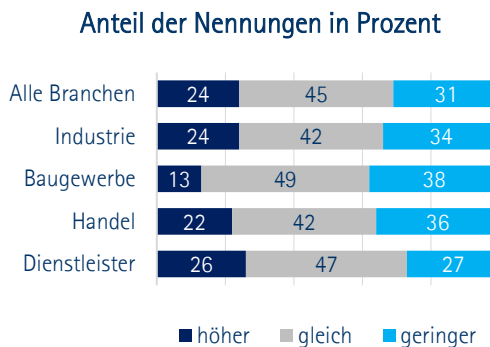
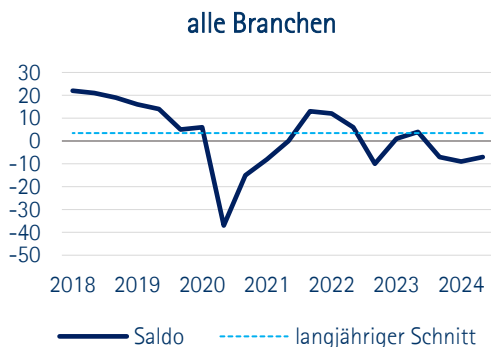
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die Risiken für die Geschäftsentwicklung wirken sich dämpfend auf die Investitionsvorhaben der Unternehmen aus. Unternehmen, die sowohl in der Inlands- als auch Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen einen deutlich niedrigeren Investitionssaldo auf (minus 20 bzw. minus 22 Punkte) als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus sieben Punkte). Unternehmen, die sich um Energie- und Rohstoffpreise und um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen, haben ebenfalls spürbar reduzierte Investitionspläne (Saldo von jeweils minus 14 Punkten).

## Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



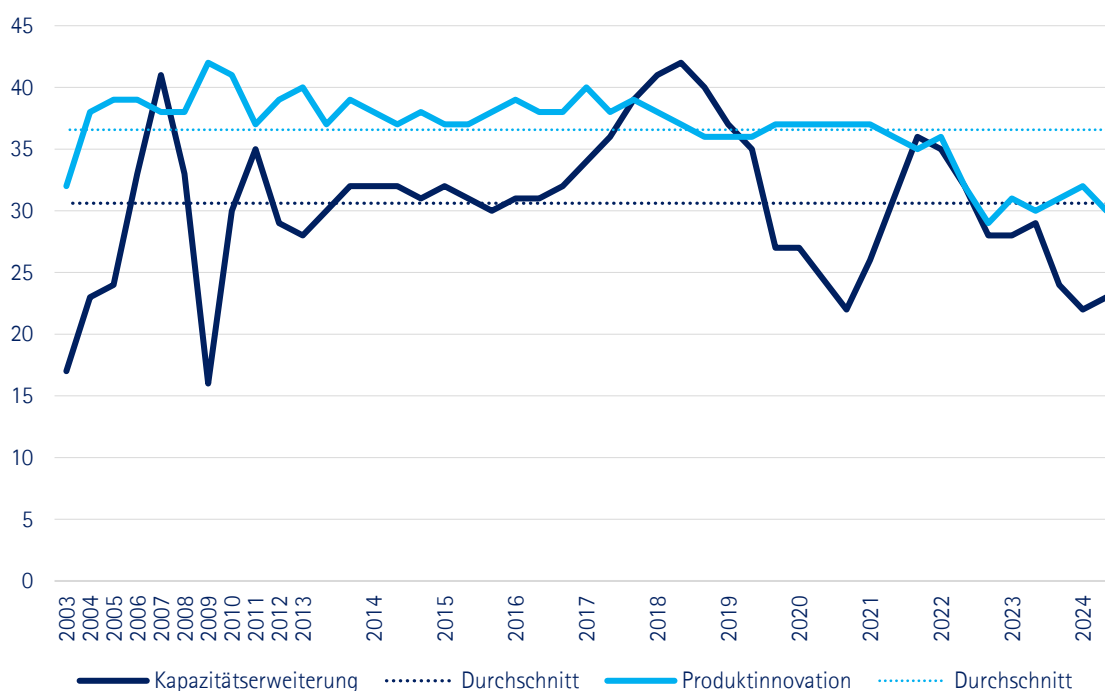
Die **Investitionspläne in der Industrie** verbessern sich nur geringfügig. 34 Prozent (nach zuvor 36 Prozent) der Industriebetriebe wollen ihre Investitionen zurückfahren, nur 24 Prozent (nach zuvor 25 Prozent) planen expansiv. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt um einen auf minus zehn Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von sechs Punkten. Während die Saldoverbesserungen bei den Gebrauchsgüterherstellern (plus fünf Punkte auf minus sechs Punkte) und den Vorleistern (plus vier Punkte auf minus 17 Punkte) – freilich von niedrigem Niveau kommend – etwas höher ausfallen, korrigieren die Investitionsgüterhersteller ihre Pläne weiter nach unten. Der Saldo sinkt um einen auf minus elf Punkte. Dabei müssen die Betriebe aus der Medizintechnik (auf minus 12 nach minus einem Punkt) und aus dem Kfz-Bau (minus 15 nach minus sieben Punkte) ihre Investitionspläne deutlich einschränken. Während der Maschinenbau mit erneut minus 12 Punkten auf geringem Niveau verharret, zeigen sich die Elektrotechniker etwas zuversichtlicher (minus acht nach minus neun Punkten).



In der **Industrie** ist der Anteil der Betriebe, die in den Kapazitätsausbau investieren wollen, weiterhin unterdurchschnittlich (23 Prozent). Dieses Motiv legt zwar leicht zu (auf 23 Prozent nach 22 Prozent) bleibt aber deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt von 31 Prozent. Auch Investitionen in Produktinnovationen bleiben unterdurchschnittlich. Aktuell planen 30 Prozent der Industrieunternehmen aus diesem Grund zu investieren (langjähriger Schnitt: 37 Prozent). Beide Motive gehen mit tendenziell deutlich höheren Investitionsbudgets einher. Insofern ist die Zurückhaltung der Unternehmen an dieser Stelle besorgniserregend: Industrieunternehmen, die in den kommenden Monaten Kapazitäten ausweiten wollen, haben einen Investitionssaldo von 38 Punkten. Bei Unternehmen, die in Produktinnovation investieren, liegt der Saldo bei fünf Punkten. In der gesamten Industrie bei minus 10 Punkten.

## Investitionsmotiv Kapazitätsausweitung und Produktinnovation in der Industrie

(Anteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2003 bis 2012 Befragung jährlich, ab 2012 3x jährlich)



Bei den **Energieversorgern** schlägt sich der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien in den Investitionsplänen und den Investitionsmotiven nieder. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt auf 61 Punkte (nach zuvor 58 Punkten) und erreicht damit ein neues Rekordniveau. Die Motive Ersatzinvestitionen (61 Prozent nach 60 Prozent), Umweltschutz (58 Prozent nach 60 Prozent) und Kapazitätsausweitung (52 Prozent nach 56 Prozent) stehen weiterhin im Vordergrund. Das Motiv Produktinnovationen erhält indes mehr Nennungen und fällt mit 26 Prozent (nach 24 Prozent) so hoch aus wie zuletzt im Herbst 2019.

Im **Dienstleistungssektor** bleibt die Verbesserung des Investitionsklimas auf minus einen Punkt verhalten (nach minus vier Punkten). Verkehr und Lagerei erhöhen zwar ihre Investitionspläne, aber liegen mit aktuell minus zehn Punkten weiterhin unter ihrem langjährigen Schnitt von minus einem Punkt. Eine leichte Aufwärtsbewegung zeigt sich auch im Gastgewerbe (Saldo: minus 15 nach minus 18 Punkten). Allerdings werden vor allem Investitionen in den Ersatzbedarf (70 Prozent) und zur Rationalisierung (30 Prozent) eingeplant. Optimistischer in ihren Investitionsplänen zeigen sich hingegen die IT-Dienstleister (Saldoverbesserung auf neun von acht Punkten), die Dienstleister für Forschung und Entwicklung (Saldo: sieben nach minus sieben Punkten) und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleister für Unternehmen wie Callcenter oder Bürodienstleistungen (Saldo: vier nach minus einem Punkt). Die Unternehmen im Bereich Leasing/Vermietung, die rund 20 Prozent der jährlichen Ausrüstungsinvestitionen stemmen, sehen noch Kürzungen bei ihren Investitionsbudgets vor (Saldo von minus sechs nach zuvor minus 19 Punkten; langjähriger Schnitt bei minus zwei Punkten).

Die Investitionspläne im **Handel** verbessern sich zwar, fallen mit einem Saldo von minus 14 Punkten (nach minus 18 Punkten) jedoch so schlecht aus wie im Herbst 2023. Wenn investiert wird, dann vor allem in den Ersatz (unverändert 65 Prozent) und in die Rationalisierung (unverändert 31 Prozent). Allerdings erhöhen die Händler mit gesundheitsbezogenen Gütern wie Apotheken, Orthopädiefachgeschäfte oder Sanitätshäuser (Saldoanstieg um 19 auf fünf Punkte). Dabei legt das Motiv der Kapazitätsausweitung zu (auf 24 Prozent nach 23 Prozent) – und liegt deutlich über dem Schnitt im Handel (19 Prozent).

Im **Baugewerbe** bleiben die Investitionspläne hinter den aufgehellten Geschäftserwartungen zurück. Der Investitionssaldo verbessert sich zwar um zwei auf minus 25 Punkte. Er liegt allerdings deutlich unter dem Vorjahreswert (minus 14 Punkte), obwohl die Geschäftserwartungen im Frühsommer 2023 (minus 27 Punkte) schlechter ausgefallen sind als aktuell (minus 23 Punkte). Die Bauunternehmen sorgen sich im Vergleich zum Vorjahr stärker um die inländische Nachfrage (54 Prozent, Frühsommer 2023: 47 Prozent), die Arbeitskosten (54 Prozent, Frühsommer 2023: 53 Prozent) und um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (55 Prozent, Frühsommer 2023: 39 Prozent). Als Investitionsmotiv rückt neben dem Ersatzmotiv (abermals 80 Prozent) Rationalisierungen an zweite Stelle (23 Prozent, Frühsommer 2023: 21 Prozent).

## Hauptmotive für Investitionen im Inland

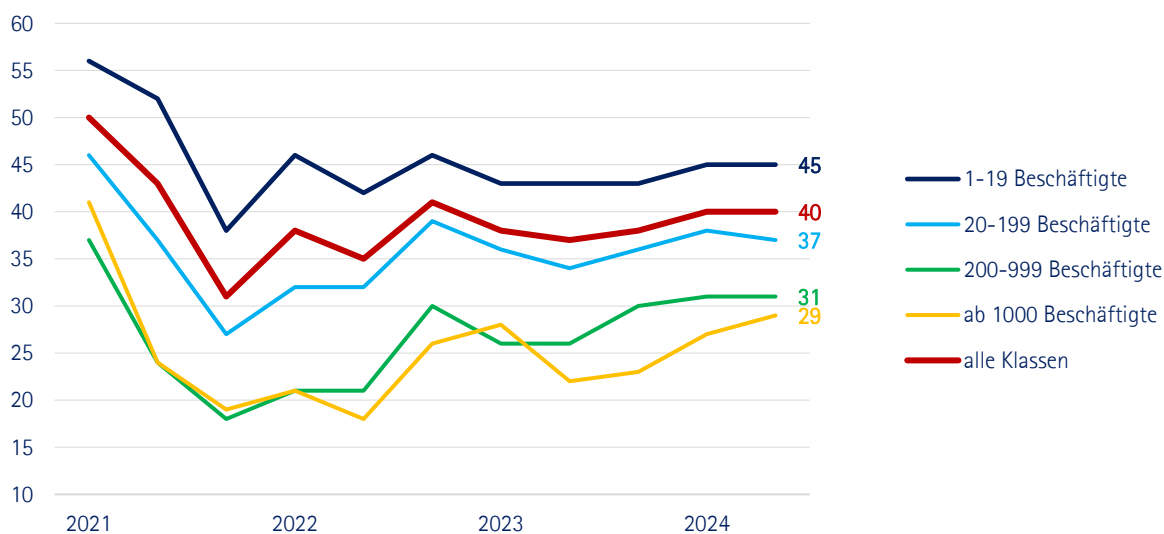
(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	32 (32)	27 (28)	20 (20)	24 (25)	66 (67)
Industrie	42 (43)	30 (32)	23 (22)	31 (34)	65 (67)
Baugewerbe	23 (23)	18 (19)	18 (16)	21 (19)	80 (80)
Handel	31 (31)	22 (23)	19 (19)	20 (21)	65 (65)
Dienstleistungen	28 (28)	28 (29)	19 (19)	22 (22)	65 (66)

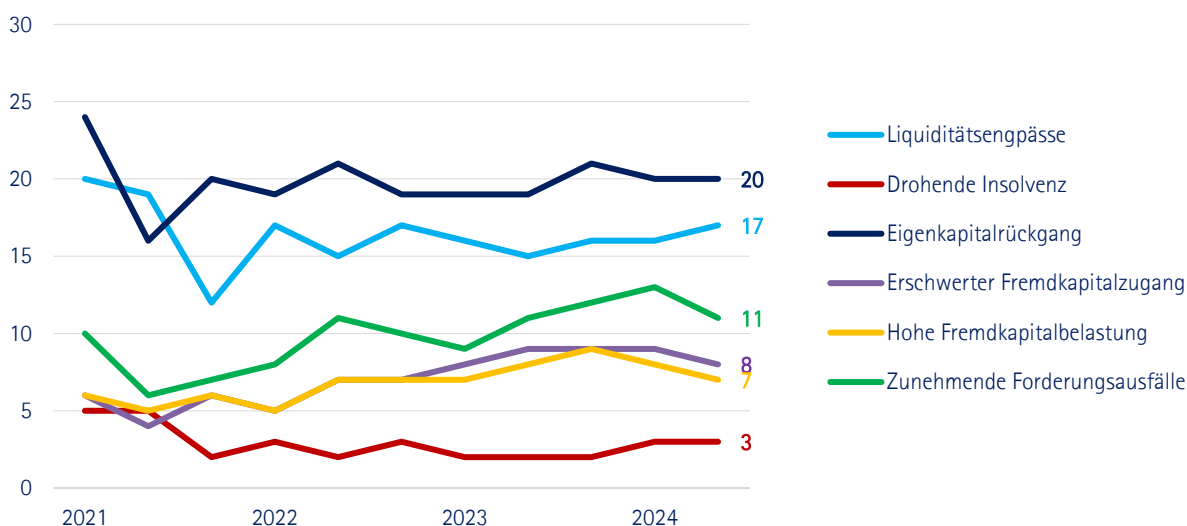
## Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Aufgrund der fehlenden konjunkturellen Dynamik, der weiterhin schwachen Geschäftslage und des nahezu unverändert hohen Zinsniveaus zeigt sich bei der Finanzlage der Unternehmen kaum Veränderung im Vergleich zur Vorumfrage. Weiterhin zwei von fünf Betriebe (40 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein. Das ist eine ähnliche Bewertung wie im Herbst 2022, wo zeitweise auch eine Gasmangellage zu befürchten war. Die geringfügige Verbesserung der Finanzlage nach Abwenden der Energiepreiskrise bis zum Sommer 2023 wurde vor allem durch die Zinssteigerungen und die restriktivere Vergabe von Krediten in der Euro-Zone ausgebremst.

### Anteil der Unternehmen mit problematischer Finanzlage nach Beschäftigtengrößenklasse (in Prozent)



### Folgende Finanzprobleme belasten die Unternehmen (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Im Vordergrund steht nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (20 Prozent). Der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 17 nach zuvor 16 Prozent weiterhin bedeutend. In der Breite der Wirtschaft geht der Anteil der Unternehmen zurück, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (elf nach zuvor 13 Prozent). Der Anteil der Betriebe, deren Bilanzen bereits durch eine hohe Verschuldung belastet sind, geht von

acht auf sieben Prozent zurück. Über einen erschwerten Zugang zu Bankfinanzierung berichten acht Prozent der Unternehmen (zuvor neun Prozent). Die Anzahl der Unternehmen, die sich von Insolvenz bedroht sehen, bleibt mit drei Prozent unverändert.

Bezogen auf die Unternehmensgröße weisen kleinere Unternehmen immer eine kritischere Finanzlage auf als größere. Es ist jedoch bemerkenswert, dass sich gerade bei den Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten die Finanzlage wahrnehmbar seit Mitte 2023 verschlechtert hat. Nun schon 29 Prozent dieser Betriebe (in der Vorumfrage 27 Prozent und im Vorjahr 22 Prozent) melden mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage. Die Probleme umfassen das gesamte Set an Beeinträchtigungen – von vermehrten Liquiditätsengpässen über mehr Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital, steigende Zinslasten, höhere Forderungsausfälle, schwindendes Eigenkapital bis zur Zunahme einer drohenden Insolvenz. In den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten sind mit 45 Prozent weiterhin jeder zweite Betrieb von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (25 Prozent) und Liquiditätsengpässe (19 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen weiterhin eine Herausforderung.

### Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	19	16	11	10	17
Drohende Insolvenz	4	2	1	1	3
Eigenkapitalrückgang	25	17	12	13	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	8	7	12	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	8	9	8	7
Zunehmende Forderungsausfälle	11	12	10	7	11
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	55	63	69	71	60
Unsere Finanzlage ist problematisch	45	37	31	29	40

### Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	16	15	18	17	17
Drohende Insolvenz	2	2	2	3	3
Eigenkapitalrückgang	17	19	21	22	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	8	6	8	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	8	9	8	7	7
Zunehmende Forderungsausfälle	11	12	14	11	11
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	63	61	58	59	60
Unsere Finanzlage ist problematisch	37	39	42	41	40

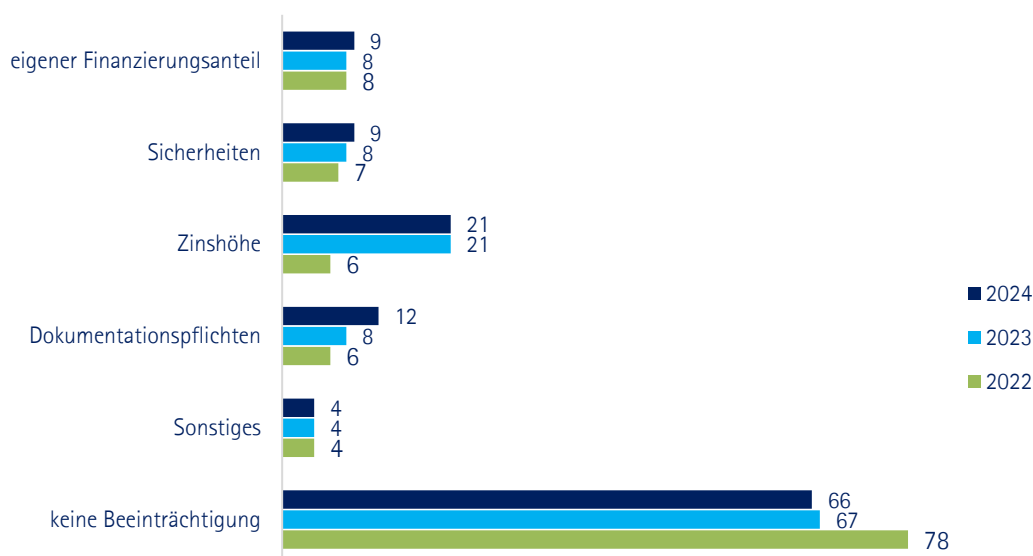
## Schwierigkeiten bei der Fremdkapitalbeschaffung: Herausforderungen durch hohe Zinsen, Dokumentationspflichten nehmen zu

Die von der DIHK im Frühsommer jedes Jahres vorgenommene detailliertere Befragung zu Herausforderungen bei der Fremdkapitalbeschaffung zeigt, dass gut ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) hier vor Problemen steht – geringfügig mehr als im Vorjahr (33 Prozent), aber deutlich mehr als noch im Jahr 2022 (22 Prozent).

Besonders die Zinshöhe wird von 21 Prozent aller befragten Unternehmen als problematisch angesehen. Noch im Frühsommer 2022 war dies nur bei sechs Prozent der Betriebe der Fall. Diese Einschätzung zieht sich durch alle Wirtschaftszweige und alle Unternehmensgrößen. Über besonders hohe Belastungen durch gestiegene Zinsen berichten vor allem Unternehmen aus Kfz-Handel und -reparatur (40 Prozent nach zuvor 36 Prozent), aus der Immobilienwirtschaft (35 nach zuvor 39 Prozent) sowie Vermieter von Investitionsgütern (32 nach zuvor 24 Prozent). Mit steigenden Zinsen verteuert sich die Refinanzierung bestehender Kredite, und neue, kreditfinanzierte Betriebsmittel und Investitionen kosten mehr. Es ist zu befürchten, dass Investitionsvorhaben teilweise unrentabel werden und damit ganz unterbleiben: Mittlerweile 44 Prozent der Unternehmen, deren Finanzierung von den hohen Zinsen besonders beeinträchtigt ist, beabsichtigen ihre Investitionen zu reduzieren. Im Vorjahr war dieser Anteil mit 36 Prozent deutlich geringer.

Die zunehmende Ausrichtung der Kreditvergabe an Nachhaltigkeitskriterien führt außerdem dazu, dass die Belastung der kreditnachfragenden Unternehmen mit Dokumentationspflichten deutlich gestiegen ist. Mehr als jeder zehnte Betrieb sieht sich durch gestiegene Dokumentationspflichten in der Fremdfinanzierung beeinträchtigt.

## Für Unternehmen, deren Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt ist, spielen folgende Aspekte eine Rolle (Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)





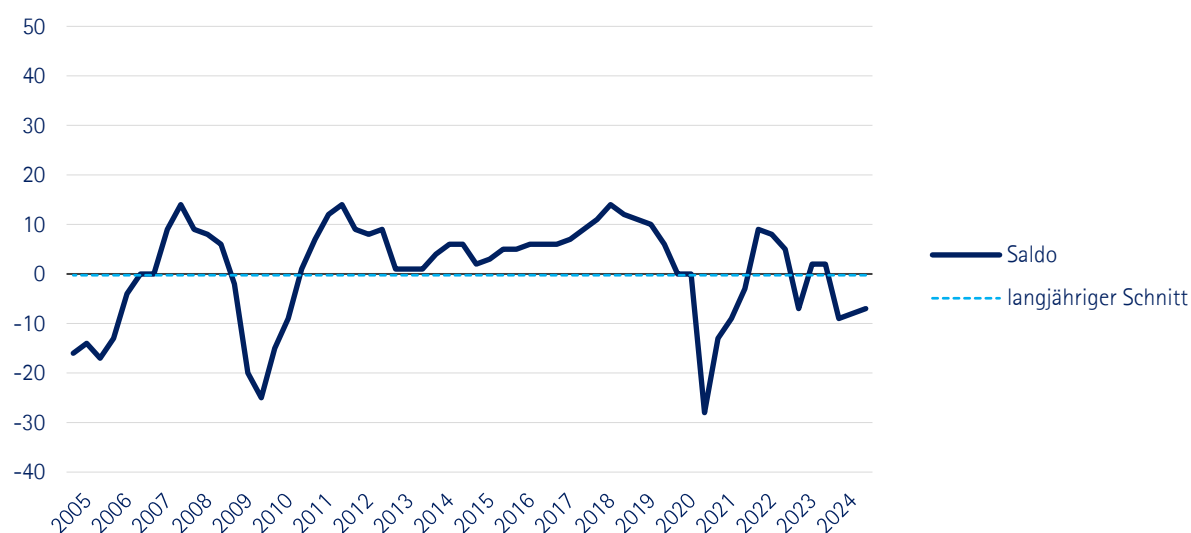
## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Die Einstellungsabsichten der Unternehmen bleiben vor dem Hintergrund der weiter eingetrübten Konjunktur zurückhaltend. So wollen 13 Prozent mehr Personal einstellen (zuvor 14 Prozent), während 20 Prozent (nach zuvor 22 Prozent) von weniger Beschäftigten ausgehen. Der resultierende Saldo liegt mit minus sieben Punkten weiter merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten, ist im Vergleich zum Jahresbeginn 2024 aber geringfügig um einen Punkt gestiegen. Verglichen mit der Vorjahresumfrage zeigt sich hingegen eine deutliche Verringerung um neun Punkte.

Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft planen Betriebe mit 1.000 und mehr Beschäftigten mit einem leichten Beschäftigungsaufwuchs. Dort rechnen gleichbleibend ein Viertel der Unternehmen (25 Prozent) mit mehr Personal, 22 Prozent (nach zuvor 25 Prozent) mit weniger. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten steigt damit leicht um zwei auf drei Punkte, das liegt merklich über dem langjährigen Schnitt von minus sieben Punkten. Der Fachkräftemangel ist für die Großunternehmen weiterhin das häufigste Geschäftsrisiko – er liegt mit 69 Prozent deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft und vor der Inlandsnachfrage (57 Prozent). Sie stellen größenbedingt deutlich häufiger Personal ein als dies in kleinen Betrieben der Fall ist und sind daher sehr viel öfter mit Engpassproblemen konfrontiert.

### Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

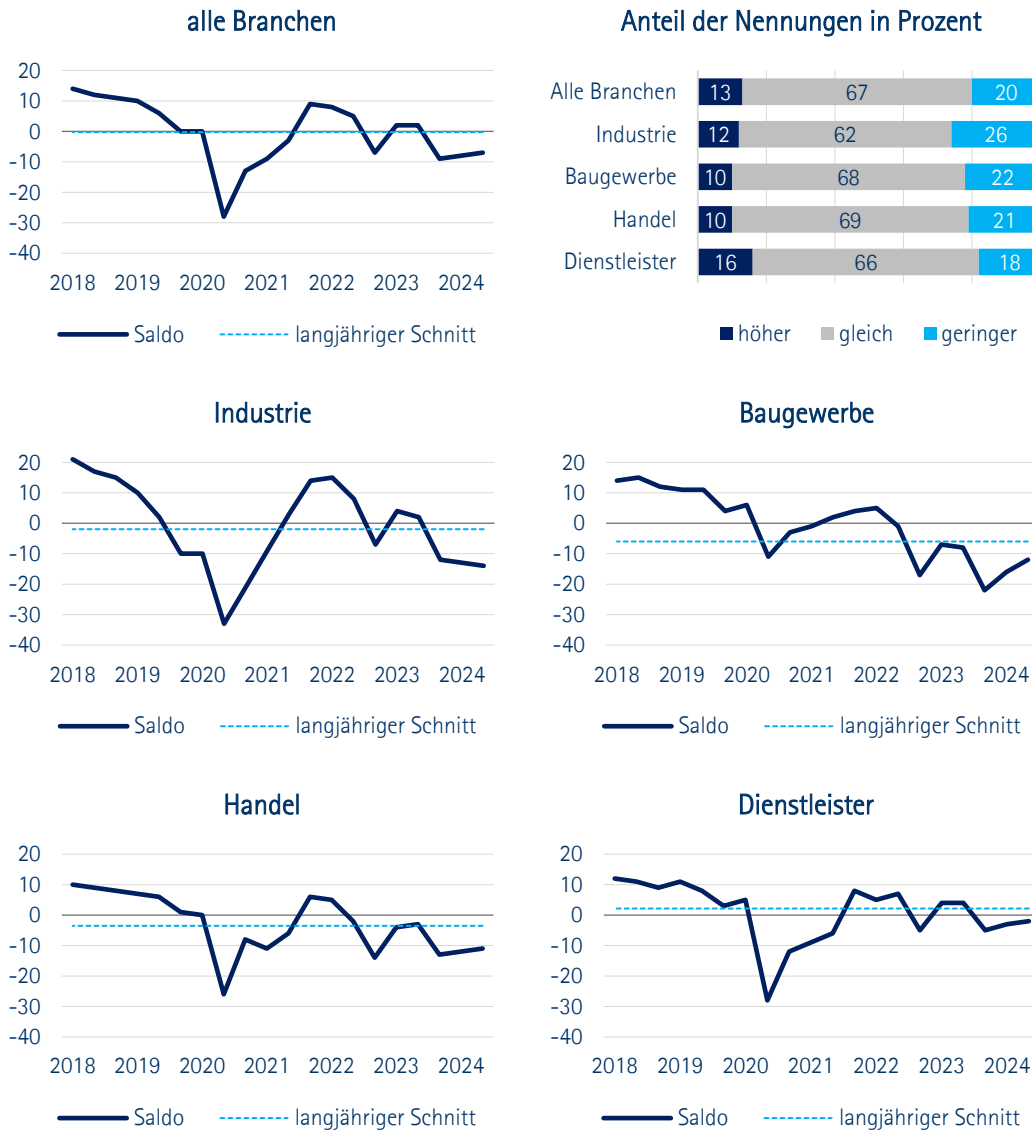
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



In der **Industrie** gehen die Beschäftigungsabsichten erneut geringfügig zurück. Der Saldo verringert sich gegenüber der Vorumfrage um einen auf minus 14 Punkte – vor einem Jahr lag er noch bei plus zwei Punkten. Mehr als jedes vierte Industrieunternehmen (gleichbleibend 26 Prozent) muss einen Personalabbau vornehmen, während nur noch jeder Zehnte (zwölf Prozent nach zuvor 13 Prozent) von einem Aufbau ausgeht. Mit weniger Personal planen insbesondere energieintensive Unternehmen, die aufgrund der nach wie vor hohen Energiekosten einen besonderen Standortnachteil hierzulande haben. Drei von zehn müssen hier einem Personal reduzieren (30 Prozent nach zuvor 32 Prozent). Nur gleichbleibend acht Prozent wollen Personal aufbauen. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten steigt nur geringfügig von minus 24 auf minus 22 Punkte. Besonders in der Metallerzeugung und -bearbeitung sackt der Saldo der Beschäftigungsabsichten nochmals ab, um neun auf minus 35 Punkte. In der Automobilindustrie ist weiterhin der Strukturwandel hin zur Elektromobilität, die bezüglich der Produktion weniger personalintensiv ist, sowie der intensive internationale Wettbewerb in den Beschäftigungsabsichten bemerkbar. Der Saldo liegt mit minus 32 Punkten (nach zuvor minus 39 Punkten) deutlich unter dem

## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



langjährigen Schnitt von minus 15 Punkten. Bei den Herstellern von Kfz-Teilen und -Zubehör liegt der Saldo sogar nur bei minus 44 nach zuvor minus 46 Punkten. Mit einem deutlichen Mitarbeiteraufwuchs planen dagegen die Energieversorger. Der Personalbedarf, um die Energiewende zu meistern ist nach wie vor hoch (Saldo 33 Punkte nach zuvor 38 Punkte; langjähriger Schnitt bei minus einem Punkt).

Auch in der **Bauwirtschaft** liegen die Beschäftigungspläne weiter deutlich im Minus, haben sich am aktuellen Rand – auch saisonbedingt – jedoch etwas gebessert. Der Saldo beträgt minus zwölf Punkte (Vorumfrage: minus 16 Punkte); jeder zehnte Betriebe geht von mehr (gleichbleibend zehn Prozent), 22 Prozent gehen von weniger Beschäftigten (zuvor 26 Prozent) aus. Hohe Zinsen und Materialkosten kennzeichnen nach wie vor die Lage am Bau, was sich in den Einstellungsabsichten niederschlägt. Der stockende Wohnungsbau ist davon besonders betroffen. Entsprechend zurückhaltend bleiben daher im Hochbau die Beschäftigungspläne (Saldo von minus 17 nach zuvor minus 20 Punkten). Im Tiefbau, wo sich die Geschäftslage auch deutlich besser darstellt, haben sich die Pläne hingegen leicht verbessert (Saldo ein Punkt nach zuvor minus einem Punkt) und liegen über dem langjährigen Durchschnitt (Saldo minus sieben Punkte). Langfristige Infrastrukturprojekte und Baumaßnahmen für den Verkehr, die Digitalisierung und insbesondere die Energiewende sorgen für einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften. Angesichts der demografischen Entwicklung ist der Fachkräftemangel im Bau mit 64 Prozent das häu-

figste Geschäftsrisiko, beim Tiefbau fürchten sogar drei von vier Betriebe den Fachkräftemangel (75 Prozent). Etliche Betriebe müssen Stellen nachbesetzen, die durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitenden frei werden, um bei wieder möglichen Aufträgen ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu haben.

Die Beschäftigungspläne im **Handel** steigen im Vergleich zur Vorumfrage geringfügig, bleiben aber auf niedrigem Niveau. Nur zehn Prozent der Betriebe (nach zuvor neun Prozent) wollen die Zahl ihrer Mitarbeitenden ausweiten, während gleichbleibend 21 Prozent mit weniger Personal rechnen müssen (Saldo minus elf Punkte nach zuvor minus zwölf Punkte; langjähriger Durchschnitt: minus vier Punkte). Nicht nur die Sorge um die Inlandsnachfrage, sondern auch die Arbeitskosten und unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen drücken die Beschäftigungspläne im Handel.

Auch bei den **Dienstleistungen** verbessern sich die Einstellungsabsichten geringfügig, liegen aber weiter unter dem langjährigen Durchschnitt (Saldo minus zwei nach zuvor minus drei Punkten; Durchschnitt: zwei Punkte). Sie liegen im Vergleich der Wirtschaftszweige auf dem höchsten Niveau. Gleichbleibend 16 Prozent der Unternehmen wollen ihre Beschäftigung ausweiten, 18 Prozent sehen sich zu einem Abbau gezwungen (zuvor 19 Prozent).

Bei den wissensintensiven Dienstleistungen sind die Pläne im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft positiv, haben sich aber gegenüber Jahresbeginn geringfügig verschlechtert (von vier auf drei Saldopunkte). So planen beispielsweise IT-Dienstleister (Saldo 19 Punkte nach zuvor 20 Punkten) fast unverändert mit mehr Beschäftigung, wofür die fortschreitende Digitalisierung mit ausschlaggebend ist. Auch bei Rechts- und Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung (Saldo 18 Punkte nach zuvor 22 Punkten) sowie Forschung und Entwicklung (Saldo zehn Punkte nach zuvor zwölf Punkten) liegen die Pläne im positiven Bereich - gleiches gilt für die Gesundheits- und Sozialdienstleister (Saldo von 13 nach zuvor drei Punkten). Der Fachkräftemangel kann allerdings den geplanten Beschäftigungsaufbau oftmals erschweren. So nennen diesen beispielsweise 80 Prozent der Betriebe der Rechts- und Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung und 83 Prozent der Gesundheits- und Sozialdienstleister als Geschäftsrisiko. Im Gastgewerbe haben sich die Einstellungspläne zwar geringfügig aufgehellt, die Betriebe planen aber überwiegend mit weniger Personal. Der Saldo steigt leicht um drei auf minus 14 Punkte. Die hohen Kosten für die Betriebe hinterlassen Spuren: So sehen 77 Prozent in den hohen Energie- und Rohstoffpreisen und 67 Prozent in den Arbeitskosten Geschäftsrisiken. Ähnliches gilt für die Bereich Verkehr und Logistik, auch dort bleiben die Beschäftigungspläne trotz Aufhellung negativ (Saldo von minus 13 nach zuvor minus 18 Punkten). Die fehlende Dynamik auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch bei den Dienstleistern im Bereich Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Hier haben sich die Beschäftigungsabsichten gegenüber der Vorumfrage zwar leicht erhöht (von minus fünf auf einen Punkt), liegen aber weiterhin unter der Vorjahresmarke (sechs Punkte) sowie dem langjährigen Durchschnitt (20 Punkte).

## DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland  
Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2022	2023	DIHK-Prognose 2024
BIP	1,8	-0,2	0,0
Private Konsumausgaben	3,9	-0,7	+1,0
Konsumausgaben des Staates	1,6	-1,5	+0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-0,7	-1,3
– Ausrüstungen	4,0	+3,0	-1,5
– sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	+1,5
– Bauten	-1,8	-2,7	-2,0
Export (Waren und Dienstleistungen)	3,3	-2,2	0,0
Import (Waren und Dienstleistungen)	6,6	-3,4	-0,5
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+612	+337	+100
Verbraucherpreise	+6,9	+5,9	+2,3